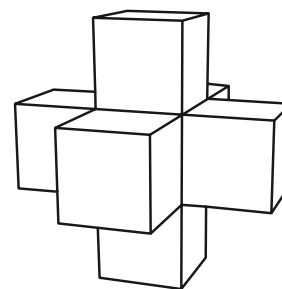


# Schweizer Freisinn



## FDP Wir Liberalen.

Unter Freisinnigen	2	Geits no?	2	FDP-Frauen	14	Dossier	18
Kopf des Monats	2	Brennpunkt	3	Jungfreisinnige	16	FDP intern	23

31. Jahrgang, Erscheint sechsmal jährlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

### Inhalt

#### Für die Umwelt und gegen die Krise

Liberaler Umwelt- und Wirtschaftspolitik ist ein Rezept gegen die Finanzkrise. Es herrscht weiterhin eine drohende Energieknappheit. Dank energetischen Gebäudesanierungen kann pragmatisch die Wirtschaft unterstützt und die Umwelt geschützt werden. **Seite 10**

#### Die etwas andere Medizin

Am 17. Mai stimmen Bürgerinnen und Bürger über eine weitere Gesundheitsvorlage ab. Zur Abstimmung gelangt der direkte Gegenvorschlag «Zukunft zur Komplementärmedizin». Die Verankerung der Komplementärmedizin in der Bevölkerung ist hoch. **Seite 18/19**

#### Erfolgsmodell für die Schweiz

Die Schengen-Assoziation der Schweiz brachte Befürchtungen über importierte Kriminalität und ungehinderten Zugang von unerwünschten Ausländern. Die Sicherheitslage in der Schweiz hat sich jedoch keineswegs verschlechtert. **Seite 20**

#### Nötig und sinnvoll

Am 17. Mai stimmt das Schweizer Volk über die Einführung des «biometrischen Passes» ab. Ein Ja zu dieser Vorlage ist nötig und sinnvoll. **Seite 21**



**Balthasar und Kaspar bei der Arbeit am Dreikönigstag – mühsam, seitdem Melchior gefeuert wurde! Ja zu den Bilateralen ist ein Ja zu den Arbeitsplätzen.**

## Ja zu den Bilateralen - und ein Ende dem Volkstribun!

Am kommenden Wochenende stimmt das Schweizer Volk über den bilateralen Weg, die durchaus wichtigste Abstimmung dieser Legislatur, ab. Ein Ja zu dieser Abstimmung ist auch ein Ja für Arbeitsplätze und Wohlstand.

Der Abstimmungskampf war bisher von einem beispiellosen Slalom des alten Volkstribuns Blocher geprägt. Das rücksichtslose und gefährliche Spiel, die Partei-Interessen über die Landes-Interessen zu setzen, muss endlich ein Ende ha-

ben. Ein Ja zu den Bilateralen ist im Sinne unseres Landes – Ja zu unserem Wohlstand. **Seiten 3, 17**

Im Gespräch mit dem Bundespräsidenten

# Interview mit Bundespräsident Hans-Rudolf Merz

*Herr Bundesrat Merz, seit dem 1. Januar 2009 sind Sie Bundespräsident. Wie erleben Sie Ihre neue Aufgabe?*

Zunächst einmal bin ich sehr glücklich und fasse es als eine grosse Ehre auf, das Amt des Bundespräsidenten bekleiden zu dürfen. 2009 wird wegen der Finanzkrise ein schwieriges Jahr werden. Ich bin jedoch überzeugt, dass der Bundesrat die richtigen Entscheide treffen wird. Meine Aufgabe wird es sein, die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Glauben an die Zukunft unseres Landes zu bestärken.

*Wird mit der Rückkehr der SVP in die Regierung wieder mehr Ruhe in die Politik einkehren?*

Angesichts der Wählerstärke der SVP erscheint es mir logisch, dass sie in der Exekutive vertreten sein muss. Wichtig ist auch die Einhaltung der Kollegialität, sie ist die Grundlage für ein gutes Arbeitsklima im Bundesrat. Dieses wiederum wird es im 2009, das ein



**Hans-Rudolf Merz**

schwieriges Jahr zu werden verspricht, ganz besonders brauchen.

*Ist die Tatsache, gleichzeitig Finanzminister und Bundespräsident zu sein, angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise von besonderer Bedeutung?*

Man kann sicher von einer günstigen Fügung des Schicksals sprechen. Das Jahr 2009 hält grosse

Herausforderungen für uns bereit. Der Gesamtbundesrat wird sich auf die Suche nach den besten Lösungen machen müssen, um die Folgen dieser Krise möglichst in Schach zu halten, und es wird Massnahmen zur Stützung von Wachstum und Beschäftigung ergreifen müssen. Sowohl als Bundespräsident als auch als Finanzminister fällt mir die Aufgabe zu, die Gesamtsicht zu wahren und diese den politischen Akteuren sowie den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes zu vermitteln.

*Was haben Sie sich für 2009 vorgenommen?*

Oberste Priorität wird natürlich die Suche nach den besten Instrumenten zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und zur Stabilisierung unseres Finanzplatzes sein.

Die Schweiz muss zudem in den internationalen Gremien zur Überwachung des Finanzsystems, z. B. im Financial Stability Forum (FSF), im Internationalen Währungsfonds

(IWF) oder auch in den G20, eine aktive Rolle übernehmen.

Weiter werde ich mich engagiert dafür einsetzen, die laufenden Reformprojekte zur Familienbesteuerung, zur Mehrwertsteuer und zur Unternehmensbesteuerung zu einem guten Abschluss zu führen.

Bei allen Vorhaben werde ich stets im Auge behalten, dass die Bundesfinanzen nachhaltig gesund bleiben müssen.

Sodann werde ich verschiedene im Präsidentschaftsjahr geplante Reisen und bilaterale Treffen dazu nutzen, meinen Gesprächspartnern das Funktionieren des politischen Systems der Schweiz sowie die Besonderheiten unseres Steuersystems näher zu bringen.

Schliesslich will ich als Bundespräsident stets für die Schweizer Bevölkerung da sein, ihre Ängste und Nöte kennen und sie zu gutem Mut und Zuversicht ermuntern.

## Kopf des Monats

### Philipp Müller überzeugt den Bundesrat

Die Ausschaffungsinitiative der SVP verstösst gegen das Völkerrecht. Die FDP hat mit ihrem Gegenvorschlag eine bessere Lösung zur konsequenten Ausschaffung von kriminellen Ausländern lanciert. Nun legt der Bundesrat seinen indirekten Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative vor. Ausländerrechtliche Bewilligungen sollen bei schwerwiegenden Straftaten konsequent widerrufen werden. Zudem soll die Niederlassungsbewilligung nur bei einer erfolgreichen Integration erteilt werden.

Die FDP begrüsst den Vorschlag grundsätzlich. Er geht in die gleiche Richtung wie die Forderung der FDP. Der Bundesrat folgt also grundsätzlich dem Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative von Nationalrat



**Philipp Müller, der Kopf des Monats.**

Philipp Müller. Philipp Müller hat im Sinne des Völkerrechts volle Überzeugungsarbeit geleistet. Als früherer Rennfahrer hat er dem Bundesrat die Richtung aufgezeigt – nun fehlt dem Bundesrat bei seiner Lösung nur noch die Treffsicherheit des Olympiaschützen Müller: Mit dieser Vorgabe muss er unser Kopf des Monats sein.

## Geits no?

### Prominente SVPLer befreundet mit Neonazi

Prominente SVPLer posierten auf einem Foto mit einem 23-Jährigen, der sich auf Facebook offen als Neonazi präsentiert. Der 23-Jährige posiert mit SVP-Politikern, unter anderen Yvette Estermann. Kahler Kopf, die Arme vor der Brust verschränkt, gut sichtbar sein Tattoo «Meine Ehre heisst Treue». Das entsprechende Fotoalbum hat er erst vor drei Wochen angelegt. Unter seinen Fotos ist aber auch eines, auf dem er mit SVP-Nationalrätin Yvette Estermann sowie dem Vizepräsidenten der Jungen SVP Luzern, Anian Liebrand, zu sehen ist. Es ist ein Bild der Unterschriftensammlung für das Referendum gegen die Personenfreizügigkeit. Estermann

reagierte gelassen. «Ich kann ja nicht jeden kontrollieren, mit dem ich kurz zusammenarbeite.» Sie werde ihn aber bei nächster Gelegenheit darauf ansprechen, so die SVPLerin. Ebenfalls cool nimmt es Liebrand: «Der Mann ist sogar Mitglied der JSVP Luzern.» Auch wenn er früher sehr aktiv in der rechtsextremen Szene gewesen sei, habe er nun mit diesem Kapitel abgeschlossen, so Liebrand. Wir haben dafür nur ein knappes «geit's no!» übrig.



Bilaterale

## Die Zeit des Volkstribuns muss abgelaufen sein

Am kommenden Wochenende stimmt das Schweizer Volk über den bilateralen Weg ab. Ich bin zuversichtlich, dass die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen bei dieser wichtigen Abstimmung ein Ja einlegen werden; ein Ja für Arbeitsplätze und Wohlstand.

Von **Fulvio Pelli**,  
Präsident FDP

Die Schweiz wird erneut einen harten Abstimmungskampf hinter sich haben. Dieser war von einem beispiellosen Slalom des alten Volkstribuns Blocher geprägt: Noch als Bundesrat unterstützte er im Juli 2005 in der «Neuen Luzerner Zeitung» die Bilateralen: «Ein Nein würde sich negativ auf die Schweiz auswirken. Eine neue Lösung wäre wohl nicht besser.» Dann kamen seine Abwahl und der Entscheid des Parlaments, die Abstimmung über die Weiterführung der Bilateralen und über die Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien zusammenzulegen. Als Folge wollte die Rumpf-SVP unter dem Volkstribun die Abstimmung boykottieren. Doch die nationalistischen Geister, welche die SVP über Jahre gerufen hatte, wurde sie nicht los. Das Referendum kam zustande. Und erneut vollzog der Volkstribun einen Kurswechsel und lehnte die bilateralen Verträge plötzlich ab. Nun tourt er seit Wochen durchs Land und macht Stimmung gegen die Verträge, den Bundesrat, das Parlament, die Wirtschaft und natürlich die FDP. Dies alles unterstützt mit einer Millionenkampagne.

Das ist ein bekanntes Muster: Bereits bei früheren Abstimmungen zu den Bilateralen hat er die Massen mit einer Abschottungspolitik hinter sich geschart. Dies, obwohl er vor ca. 10 Jahren von der EU Fördergelder in Millionenhöhe für den Bau einer Fabrik in England bezog. Dies, obwohl seine früheren Unternehmen alle stark exportorientiert waren. Ziel war denn auch nicht, die Abstimmungen zu gewinnen, sondern sie möglichst gut zu verlieren. Mit über 45% hat er die bisherigen Abstimmungen zu Schengen, zur



Fulvio Pelli

Osterweiterung usw. verloren und konnte damit seine Partei positionieren. Das ist ein rücksichtsloses und gefährliches Spiel: Die Partei-Interessen werden brutal über die

Landes-Interessen gesetzt. Aus diesem Grund hat die FDP mit ihrem prämierten Plakat die Rumpf-SVP angegriffen, welche den bilateralen Weg zu zerstören droht.

Bei dieser Abstimmung geht es dem abgewählten Bundesrat Blocher aber um mehr: Es geht um den internen Machtkampf. Die SVP ist tief gespalten. Alle Ständeräte und insgesamt 26 Stände- und Nationalräte der SVP stehen für die Bilateralen. Hier geht es um den Abnabelungsprozess der SVP von ihrem Übervater. Der alte Volkstribun hat die Schweizer Politik in den vergangenen zwei Jahrzehnten geprägt.

Nun muss Schluss sein. Die persönliche Kränkung einer Abwahl darf nicht dazu führen, dass ein Multimilliardär unser Land in politische Geiselschaft nehmen kann. Gefordert ist hier vor allem die Wirt-

schaft: Sie fordert von der FDP gradlinige Politik. Nun muss sie Gradlinigkeit gegenüber Blocher zeigen – mit der roten Karte. Gefordert sind aber auch wir, die FDP. Die Liberalen. Zeigen wir in der Krise, dass wir dieses Land mit unseren Werten gebaut haben und dass wir es auch aus der heutigen Krise herausführen wollen – ohne Angstmacherei, ohne Lügen, aber mit Lösungen, harter Arbeit und ohne Angst vor schweren Entscheiden. Die kommenden Zeiten werden hart. Da haben wir keine Zeit mehr für einen im persönlichen Stolz verletzten Volkstribun, den die Zeit überholt hat.

Schauen Sie unsere Online-Videos zu den Bilateralen unter [www.fpd.ch](http://www.fpd.ch)



**Ja zu den Bilateralen – Ja zu den Arbeitsplätzen!**

Einladung

# Delegierten-Versammlung der FDP Schweiz und Liberale Partei Schweiz

**Kultur-Casino, Herrengasse 25, 3011 Bern  
Samstag, 28. Februar 2009**



Bild: Keystone

10.15 **Begrüssung**

Pierre Weiss, Präsident LPS

**Auflösung Union der Freisinnigen und Liberalen (UFL):**

Pierre Weiss und Fulvio Pelli, Co-Präsidenten

- Beginn der Generalversammlung der UFL  
Kurzer Überblick über Tätigkeiten und Rechnung 2008
- Abstimmung über die Entlastung und Auflösung der Vereinsorgane\*

Ende der Generalversammlung der UFL

\* An dieser Abstimmung beteiligen sich nur die speziell informierten UFL-Delegierten.

**Rechnungen und Jahresberichte**

Pierre Weiss und Fulvio Pelli

- Rechnung und Jahresbericht der FDP\*
- Rechnung und Jahresbericht der LPS\*

\* Die Jahresberichte werden am 15. Januar auf den Internetseiten [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch) und [www.liberal.ch](http://www.liberal.ch) aufgeschaltet. Aus Kosten- und Umweltschutzgründen werden keine Exemplare versandt. Die Rechnungen der Parteien werden den Delegierten an der DV präsentiert.

Diskussion/Abstimmung  
(getrennte Abstimmung im selben Raum)

**Auftritt des Bundespräsidenten**

Bundesrat Hans-Rudolf Merz

**Fusionsvertrag FDP-LPS**

Chantal Balet und Vincenzo Pedrazzini

Kurze Vorstellung des Fusionsvertrages

Diskussion / Abstimmung (getrennt, aber im selben Raum)

\* Der Fusionsvertrag liegt den Unterlagen bei. Entsprechend dem Fusionsgesetz können Delegierte die Rechnungsabschlüsse der letzten drei Jahre einsehen. Diese sind im Generalsekretariat, Neuengasse 20, Bern, einzusehen.

**Wahlen**

Wahl des Parteipräsidenten

Vorstellung der Kandidierenden für das Vize-Präsidium

- Isabelle Moret, Nationalrätin VD
- Pierre Weiss, Präsident LPS (Genf), (bisher Präsident LPS)
- Ruedi Noser, Nationalrat ZH
- Vincenzo Pedrazzini, Präsident FDP Schwyz

Wahlen ins Vize-Präsidium

**Rede des Parteipräsidenten**

**Komplementärmedizin**

Vorstellung des Themas  
Rolf Büttiker, Ständerat SO

Moderierte Diskussion mit den Delegierten/Parolenfassung

**Biometrische Pässe**

Pro: Christian Luscher, Nationalrat GE  
Contra: Lena Schneller, Präsidentin jungfreisinnige Schweiz

Moderierte Diskussion mit den Delegierten/Parolenfassung

**Schlusswort**

13.30 **Ende der Delegiertenversammlung**

**Apéro**



Kanton Zürich

## Steuerstrategie: Entlasten, wo Handlungsbedarf besteht

Die FDP des Kantons Zürich hat mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) das regierungsrätliche Steuerpaket innert kürzester Zeit und ohne Änderungen genehmigt hat. Es liegt nun am Kantonsrat, die Steuerstrategie schnell zu behandeln und ohne substanzielle Änderungen zu verabschieden. Nur so können die Zürcher Steuerzahler auf den 1. Januar 2010 massiv entlastet und die Konjunktur gestützt werden.

Die von der Regierung unter Leitung von Finanzdirektorin Ursula Gut (FDP) im Sommer 2008 präsentierte Vorlage sieht die gezielte Entlastung verschiedener Bevölkerungskreise vor. Basis des Geschäftes bildet der Ausgleich der kalten Progression im Umfang von 8%, von der alle Einkommensklassen profitieren. Damit hat der Regierungsrat eine langjährige Forderung der FDP endlich umgesetzt.

Untere Einkommen und Familien sollen erneut gezielt steuerlich entlastet werden. Schliesslich soll zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit im interkantonalen Steuerwettbewerb das oberste Segment der Steuerpflichtigen von der Vorlage profitieren.

Positiv überrascht ist die FDP über die Rekordzeit, in welcher die beratende Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) das Geschäft behandelt hat. Innert nur dreier Monate ist die Vorlage diskutiert und letztlich unverändert verabschiedet worden. Es ist nun am Kantonsrat, die Vorlage vor Ostern zu beraten und zu verabschieden, damit die Revision des Steuergesetzes per 1. 1. 2010 in Kraft treten kann.

Kanton Aargau

## Nachruf

Die Familie des ehemaligen Kantonalparteipräsidenten des Kantons Aargau, Urs Clavadetscher, hat die Partei über den Tod, einen Tag nach seinem 80. Geburtstag, informiert. Seinem Wunsch entsprechend hat die Familie in aller Stille von ihm Abschied genommen. Nachdem er sich leider immer mehr zurückgezogen hatte, fragte man sich in FDP-Parteikreisen oft, wie es ihm wohl geht. Nun ist bekannt, dass ihn seine Kräfte verlassen haben.

Wir sind Urs Clavadetscher zu grossem Dank verpflichtet. Einen sehr grossen Teil seiner Freizeit hat er während 20 Jahren als Grossrat, auch als Fraktionspräsident, der FDP Aargau gewidmet. Er hat unsere Partei mit viel Umsicht von 1984 bis 1991 als Kantonalparteipräsident mit grossem persönlichem Engagement und im liberalen Geist geführt. Leider findet man heute kaum noch Unternehmer, die sich so selbstlos in die Politik eingeben. Das täte aber not. Urs war auch in dieser Beziehung ein Vorbild. Die FDP Aargau kondoliert der Trauerfamilie zum herben Verlust und trauert mit ihr um unseren Parteifreund – adieu Urs, hab herzlichen Dank für dein grossartiges Engagement. Du bleibst uns in teurer Erinnerung.

FDP Aargau

Doris Fischer-Taeschler, 9. Dezember 2008

Kanton Schaffhausen

## Christian Amsler, Kantonsrat FDP, Stetten, Fraktionspräsident FDP-JF-CVP- Fraktion, tritt ein für eine starke Schule im Kanton Schaffhausen

Schaffhausen hat in den letzten Pisa-Erhebungen hervorragend abgeschnitten. Dies dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die Schaffhauser Schulen Reformbedarf haben und einem steten Wandel in Gesellschaft und Lehr- und Lernwissenschaften ausgesetzt sind, meint Amsler.



Christian Amsler

Auch im Kanton Schaffhausen sollen alle Schulen durch professionelle Schulleitungen geführt und flächendeckend geleitet werden. Damit erhalten alle Lernenden den verdienten Support und die Förderung, welche sie angesichts des schwieriger gewordenen Umfeldes und der heterogen zusammengesetzten Klassen dringend brauchen. Die integrative Schulform (ISF) wird dem Kind förderorientiert gerecht. ISF steht für Lerndefizite und Begabungsförderung. Gute

Schule gelingt nur, wenn sich alle Mitwirkenden (Kind – Eltern – Lehrperson – Schulleitung) gemeinsam und lösungsorientiert an der Schule beteiligen. Mit der Einführung von bedarfsgerechten Tagesstrukturen und einer finanziellen Beteiligung durch den Kanton gelingt nun ein Quantensprung. Der Sinn von ausserfamiliärer Betreuung ist gerade für Kinder, welche zu Hause aus verschiedenen Gründen nicht optimal betreut werden, mittlerweile unbestritten. Das neue Bildungs- und Schulgesetz bringe grosse pädagogische Fortschritte und die nötigen Strukturreformen für das Schaffhauser Schulwesen, meint FDP-Kantonsrat Christian Amsler.

Kanton Luzern

## Lisbeth Kneubühler aus Menznau: Neue Finanzchefin für die FDP Luzern



Lisbeth Kneubühler

An der DV vom 20. Januar 2009 in Reiden wurde Lisbeth Kneubühler aus Menznau zur neuen Finanzchefin gewählt. Die FDP Luzern wünscht Frau Kneubühler für ihre spannende, neue Aufgabe viel Erfolg und alles Gute.

## Mit Elan ins neue Jahr

Der angestrebte Einsitz in die Delegiertenversammlung der PUBLICA gelang nicht wunschgemäss.

### Von Beat Schlatter, Vizepräsident

Die versicherten Personen der Pensionskasse des Bundes PUBLICA haben erstmals die 80 Mitglieder der Delegiertenversammlung gewählt. Die Wahl fand am 28.11.2008 statt.

Von den 53915 Wahlberechtigten nahmen 9794 Personen an der Wahl teil, was einer Stimmbeteiligung von 18,17% entspricht.

Für die Wahl der Delegiertenversammlung wurden 4 Wahlkreise gebildet. Für die Verteilung der 80 Sitze waren die Deckungskapitalien per 30.6.2008 der einzelnen Vorgesorgewerke massgebend.

Leider schaffte es die FDP Vereinigung Öffentlicher Dienst nicht, einen Delegierten in dieses Gremium, welches zur wichtigsten Aufgabe hat, die Vertretung der versicherten Personen in der Kassenkommission zu bestimmen, wählen zu lassen.

Die massiven und vor allem sehr kurzfristig angesagten Anstrengungen seitens des Vorstandes – mit Delegiertenkandidaten Gespräche führen sowie die nötigen und gültigen Unterschriften sammeln – wurden nicht belohnt.

Aus dem Wahlkreis I, welcher mit einer Stimmbeteiligung von 19,42% vertreten ist, wurden in der Hauptsache Mitglieder aus dem linken Lager gewählt. Die Swissspersona wie auch der VPOD sind stark vertreten. Zu denken gibt vor allem, dass auch liberal gesinntes Personal auf diesen sozialistischen Zug aufgesprungen ist. Bleibt einzig der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, dass diese Personen wenigstens nach der Wahl das liberale Gedankengut in diese Delegiertenversammlung hineinragen werden.

Für die FDP Vereinigung Öffentlicher Dienst gilt es, in den nächsten vier Jahren diese Übermacht zu durchbrechen und unsere Par-



Beat Schlatter

tei in diesem Gremium zu vertreten.

### Geschäfte 2009

Die Schwerpunkte, welche sich der Vorstand für das Geschäftsjahr 2009 gesetzt hat, sind vielfältig und werden arbeitsintensiv sein.

Im Vordergrund der Aktivitäten soll das Wachstum unserer Vereinigung stehen. Unser erklärtes Ziel ist es, im laufenden Jahr 10 bis 12% Mitgliederzuwachs zu generieren.

Nach wie vor ist die Mitarbeit unserer Mitglieder gefragt.

Wir wollen vermehrt das vertiefte verwaltungstechnische Know-how, welches uns auszeichnet, der Politik zur Verfügung stellen.

Ein Ziel der nächsten Wochen wird sein, kompetente Mitglieder unserer Vereinigung in die Fachkommissionen der FDP Schweiz bringen zu können.

Dort besteht die Möglichkeit, aus der Partei und der Bundesverwaltung heraus direkt Einfluss auf die Politik nehmen zu können – und unsere Vereinigung kompetent und mit viel Fach-Know-how vertreten zu können.

Ein weiteres Augenmerk des Vorstandes gilt weiterhin und verstärkt dem Reputationsmanagement. Wir müssen, vor allem bei den Angestellten des öffentlichen Dienstes

über uns informieren; ein Bewusstsein zur liberalen Politik in der Bundesverwaltung schaffen; unsere potenziellen, aktiven und passiven Mitglieder von unserem Tun überzeugen. Ziel ist es, damit unseren Wert nachhaltig zu steigern. Im Besonderen muss der intensive und

vermehrte Austausch sowohl mit der Bundesverwaltung wie auch mit allen FDP-Gremien gefördert und intensiviert werden.

Unser Ziel ist und bleibt, für die «FDP. Die Liberalen.» ein starker und unverzichtbarer Partner zu sein.

Internet: [www.fdp-od.ch](http://www.fdp-od.ch)

### Möchten Sie Mitglied werden?

Sind Sie liberal denkend? Sind Sie eventuell sogar in einer FDP-Ortspartei? Arbeiten Sie im öffentlichen Dienst? Sind Sie an einer Mitgliedschaft interessiert? Rufen Sie Herrn Beat H. Schlatter an (079 582 39 20) oder finden Sie unter [www.fdp-od.ch](http://www.fdp-od.ch) das entsprechende Anmeldeformular.

## Veranstaltungskalender 2009

### 4. März 2009

#### Besuch bei der Schweizerischen Nationalbank SNB in Bern

17.00 Uhr: Eintreffen der Gäste im Konferenzgeschoss der SNB, Amthausgasse 22

17.10 Uhr: Referat über die SNB

18.00 Uhr: Besuch des Notenmuseums, anschl. Apéro

### 17. März 2009

#### Fraktionsapéro FDP im Restaurant Äusserer Stand

18.30 Uhr: Referat Bundespersonalgesetz; Referentin Frau Barbara Schaerer, Direktorin EPA (Moderation Nationalrat Kurt Fluri), Apéro

### 20. Mai 2009

#### Besuch der Glockengiesserei Rüetschi in Aarau

Treffpunkt: 15.30 Uhr beim Hauptbahnhof Aarau  
Ab 16.00 Uhr Besichtigung mit Rundgang Glockengiesserei Aarau  
anschliessend Apéro im Restaurant Schützen inkl. Begrüssungsrede durch FDP-Persönlichkeit

### 26. August 2009

#### Boccia-Abend im Grottino: Dalmaziquai 111, 3000 Bern 6

18.00 Uhr: Eintreffen

18.15 Uhr: Gemeinsames Bocciaspiel, Nachtessen

### 5. November 2009

#### Generalversammlung FDP OD Zunfthaus zur Webern, Bern

18.00 Uhr: Eintreffen

18.15 Uhr: Beginn der Generalversammlung anschliessend Apéro

## Weniger Risiken dank mehr mehr Unternehmertum

Am 16. Oktober 2008 präsentierten Nationalbank, Bankenkommission und Bundesrat den für die UBS vorgesehenen Rettungsplan. Dieser wurde ohne nennenswerte Änderungen in der Wintersession durch das Parlament verabschiedet. Insbesondere fanden Regelungen keine Mehrheit, die den Sanierungsbeitrag an die UBS mit Auflagen betreffend Rückzahlung erhaltener Boni oder Änderung der bankinternen Vergütungssysteme vorsahen.

Von **Johann Schneider-Ammann**,  
Nationalrat BE

### Lehren aus dem Rettungspaket der UBS ziehen

Die getroffenen Sofortmassnahmen zur Rettung der UBS waren aus liberaler Sicht schmerzvoll, aber absolut notwendig. Denn die UBS ist ein für Wirtschaft und Bevölkerung zentrales Unternehmen und für unsere Volkswirtschaft zu wichtig, als dass sie fallen gelassen werden darf. Ein Untergang der UBS hätte für zehntausende KMU und Sparer einen Totalschaden bedeutet und hätte die Schweiz in ihren Grundfesten getroffen.

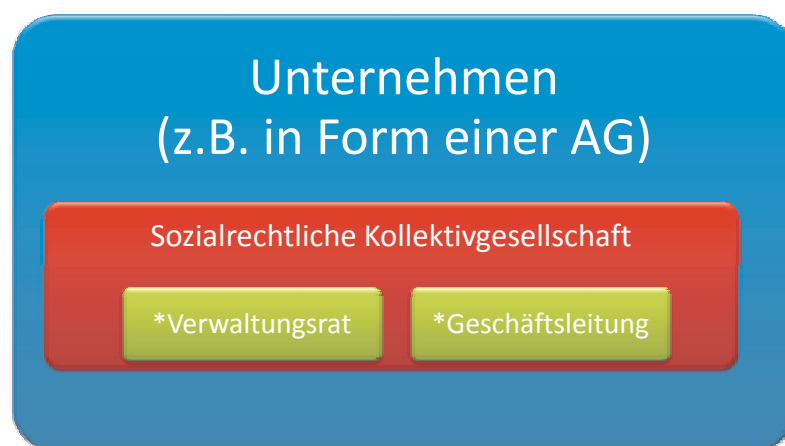
Die kurzfristige Rettung der UBS verärgerte zu Recht viele Bürger – gerade auch FDP-Mitglieder. Dafür gibt es nur eines: Verständnis. Damit ist aber auch klar: Langfristig denkende Politiker müssen nicht nur das Rettungspaket unterstützen, sondern auch eine Wiederholung künftig verhindern. Fehlanreize, welche zu diesem Desaster geführt haben, müssen offen und ohne Rücksicht auf Besitzstände ausgemerzt werden. Das schulden wir unseren Bürgern! Das schulden wir aber auch unserer Partei, denn ihre Werte – Bescheidenheit, Leistungswille und Selbstverantwortung haben unser Land auf den Erfolgspfad gebracht und werden diesen auch weiter garantieren. Wo immer wir den Erfolgspfad liberaler Werte in den vergangenen Jahren verlassen haben, gilt es für die Schweiz und ihre Unternehmen, aber auch für die Partei Lehren zu ziehen.

Aus diesem Grund habe ich in der Dezembersession zwei parlamentarische Vorstösse eingereicht.

### Unternehmer sein bedeutet Risiko tragen

Wie die Finanzmarktkrise zeigt, setzen Vergütungssysteme falsche Anreize. Damit sind sie ein wichtiger Grund für das heutige Desaster. Fehlanreize sind kein Vorrecht von Banken und selbst wenn ich während Jahren vor Exzessen gewarnt habe: heute pauschal über die Banken oder gar die UBS mit ihren Tausenden von täglich engagierten Mitarbeitern herzufallen, ist billiger Populismus. Aber gerade bei volkswirtschaftlich zentralen (sog. systemrelevanten) Unternehmen wie den Grossbanken, die der Staat wegen ihrer Bedeutung für Wirtschaft und Bevölkerung vor einem Bankrott retten müsste, sind Fehlanreize verheerend. Denn obwohl eine Fehlleistung der obersten Führungsorgane das staatliche Eingreifen auslöst, muss die Allgemeinheit für den daraus entstehenden Schaden aufkommen, ohne dass die eigentlichen Urheber und Verursacher ausserhalb der schwerfälligen Justiz zur Verantwortung gezogen würden.

Dieses Problem besteht nicht nur bei Grossbanken. Unsere Überlegungen umfassen deshalb alle systemrelevanten Unternehmen. Dazu gehören alle, die für die Allgemeinheit und für das Funktionieren von Staat und Wirtschaft von grosser Bedeutung sind: Zum Beispiel konzessionspflichtige Unternehmen des Transport- (SBB), Kommu-



\*Gesellschafter der Kollektivgesellschaft mit persönlicher Haftung

unikations- (Swisscom) oder Energiebereichs (Stromproduzenten und -verteiler), und bewilligungspflichtige Unternehmen des Finanzplatzes oder des Gesundheitswesens (Krankenkassen, Uni-Spitäler).

Für solche Unternehmen brauchen wir Regeln, damit ihre Führung besonders vorsichtig mit im Schadenfall von der Allgemeinheit getragenen Risiken umgeht. Vorbild für die Lösung sind jene Unternehmen, in denen die Führungsetage ihr eigenes Geld verliert, wenn sie Fehlentscheidungen trifft: Dies ist der Fall bei Familienunternehmen oder auch Privatbanken. Hier trägt die Führung mit dem eigenen Geld die Folgen ihrer Handlungen.

Unser Vorschlag lehnt sich an solchen Unternehmen an und ist einfach: Wie die Abbildung zeigt, soll für systemrelevante Unternehmen eine sozialrechtliche Kollektivgesellschaft gegründet werden. Sie soll die Personen der obersten Führungsorgane – Verwaltungsrat

und Geschäftsleitung – umfassen. Anders als bei einer Aktiengesellschaft, wo Manager als Aktionäre nur mit ihrem Aktienkapital oder ihren Löhnen und Boni haften, haften in der Kollektivgesellschaft die Gesellschafter im Schadensfall mit ihrem eigenen Vermögen. Eine staatliche Rettungsmassnahme wäre selbstredend ein solcher Schadensfall. Damit werden automatisch Fehlanreize beseitigt und werden die Führungsorgane zu echten Unternehmern.

Der Vorschlag ist provokativ. So wären Millionenlöhne in guten Zeiten für mit ihrem Vermögen in schlechten Zeiten haftende Manager gerechtfertigt. Provokationen sind angesichts des angerichteten Desasters und der vom Volk verlangten Opfer ein Muss. Wir – und damit ist gerade unsere Partei gemeint – müssen eine Wiederholung vergangener Fehler verhindern. Damit schaffen wir Glaubwürdigkeit, das beste Kapital für die Wahlen 2011.



### Leserbrief

#### zum Artikel in «Schweizer Freisinn» Nr. 10/2008: Eine verantwortungsvolle und vernünftige Lagerung der radioaktiven Abfälle

Zunächst: Dem Tenor des Artikels, wonach eine Versachlichung der Diskussion über die Problematik der Endlagerung von radioaktiven Abfällen nottut, ist vorbehaltlos beizupflichten.

Wie ebenfalls richtig bemerkt, sind die technischen Grundlagen dazu gleichermaßen sorgfältig und mehrfach dokumentiert. Diese Fakten überzeugt und überzeugend uns Bewohnerinnen und Bewohnern unseres Landes zu vermitteln, dies ist und bleibt eine gewaltige, interdisziplinäre Herausforderung, insbesondere für die FDP.

Obwohl schon viel getan wurde, besteht weiterer Handlungsbedarf. Wie grundsätzlich richtig bemerkt, bewährt sich der Energiemix heute und in Zukunft.

Allerdings ist der Begriff ZUKUNFT bereits beginnend mit dem heutigen Stand des Wissens über die Entwicklungsmöglichkeiten neuer Technologien für erneuerbare Energiequellen in dekadischen Zeiträumen abzustecken, will heissen: Wir müssen uns überlegen, wie wir ab ca. 2050 einer neuen Abhängigkeit vom Rohstoff Uran erfolgreich begegnen wollen/können. Dies, nachdem es mittlerweile parteiübergreifend Allgemeingut ist, dass wir die jetzige Abhängigkeit von allen fossilen Rohstoffen konsequent reduzieren, ja sogar eliminieren müssen.

Beide Stossrichtungen haben das gleiche Ziel, wie im Artikel richtig erwähnt: die Versorgungssicherheit, die sich übrigens hinsichtlich Energieträger zunehmend auf den Strom konzentrieren wird.

Wenn wir die genannte, zeitliche Strukturierung der Versorgungssicherheit erreichen wollen, so ist es jetzt an der Zeit, die Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen für erneuerbare Energiequellen, eingeschlossen die übrigen Abschnitte der Wertschöpfungskette: Transport und Verbrauch, schweizweit konzertiert zu beschleunigen bzw. in Angriff zu nehmen. (Eine etwaige Analogie: das damalige US-Projekt der Landung

auf dem Mond, das nach dem Sputnik-Schock innerhalb von 10 Jahren erfolgreich realisiert worden war.)

Dass hier nicht nur die Stromproduzenten, sondern auch andere Interessensgruppen, wie z.B. AVES ([www.aves.ch](http://www.aves.ch)), aufgerufen sind, ist ein Aspekt der eingangs genannten Interdisziplinarität.

Die FDP als die Wirtschaftspartei mit ihrem quantitativ und qualitativ ausgeprägten Beziehungsnetz sollte hier die Führungsrolle unter Einbezug weiterer Finanzierungsquellen wie Nationalfonds, KTI übernehmen; eine Aufgabe, die auch der «Task Force Energie und Umwelt» ins Stammbuch geschrieben sein möge.

**Peter Fehr, Teilnehmer am Kick-off-Meeting der «Task Force Energie und Umwelt», 28.10.08**

Chance des Monats



### Poster of the Week

Die Plakate von FDP und Liberalen zur kommenden Abstimmung am 8. Februar 2009 wurden mit dem von der Allgemeinen Plakatgesellschaft (APG) vergebenen Award «Poster of the Week» ausgezeichnet. Dies bestätigt die positiven Feedbacks, die seit dem Aushang der Plakate bei der neu gegründeten Partei eingetroffen sind. FDP und Liberale freuen sich über das Plakat, das offensichtlich Werber wie Mitglieder überzeugt und hoffentlich auch entsprechend mobilisiert. Gerne leiten wir diesen Award auch unserem Zeichner «Trinco» weiter.

Wir haben nach den Plakaten «Kein Spiel mit der Sicherheit», «Kein Raubzug auf die AHV» und «Bilateralen Weg nicht zerstören» dank klaren Aussagen und mit einer schonungslosen Darstellung eine Wiedererkennbarkeit unserer politischen Werbung geschaffen, auf der wir auch künftig aufbauen können und wollen. Die Chance einer präziseren Darstellung unserer politischen Aussagen gilt es auch in Zukunft zu nutzen.





## Integrationspolitik: Endlich ein Schritt nach vorn – die FDP will ein nationales Konzept

Seit 2007 verlangt die FDP, dass die Integrationspolitik nationalen Status erhält. Eine geglückte Integrationspolitik ist einerseits für Gesellschaft und Wirtschaft ertragreich und andererseits eine wirksame Massnahme zur Vorbeugung von Gewalt. Die FDP freut sich, dass der Bundesrat endlich ihren Antrag aufnimmt und nicht nur die Kantone, sondern auch Gemeinden und Ausländerorganisationen mit einbezieht. Die FDP wird darauf pochen, dass der angekündigte Prozess nicht in einer Analyse, sondern rasch in gelebter Politik mündet.



Bild: Keystone

Integrationspolitik fördert den sozialen Zusammenhalt, das Wirtschaftswachstum und die Lebensqualität sowie die Sicherheit der Bevölkerung. Deshalb will die FDP, dass die Integration der Ausländer gefördert und eine echte nationale Vision erarbeitet wird. Der Nationalrat Ignazio Cassis stellt klar: «Fordern und ermutigen sind die Leit-motive, mit denen wir Ausländer in

unsere Gesellschaft integrieren können. Soll dies glücken, muss die Frage der Integration im Staat endlich einen zentralen Charakter erhalten.» Deshalb hat die FDP drei Forderungen gestellt: Die Schweiz braucht

ein nationales Integrationsgesetz. Auf kantonaler Ebene soll das nationale Rahmengesetz umgesetzt werden.

Die Kantone und Gemeinden haben Integrationsprojekte gemeinsam mit Ausländerorganisationen umzusetzen (z. B. Sprachkurse, Assimilationskurse...).

## 600 Millionen Franken mehr im Portemonnaie der Bürger! – FDP will jährlichen Ausgleich der kalten Progression!

Die von der FDP lancierte parlamentarische Initiative «Für einen sofortigen Ausgleich der kalten Progression, mehr Geld im Geldbeutel» will den Bürgern jene 600 Millionen Franken zurückerstaten, die ihnen von Rechts wegen zustehen. Die FDP bedauert, dass CVP und Linke das Projekt in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Ständerates verzögert haben. Mit einer Teuerung von 5,5% am 31. Dezember 2008 wäre der Ausgleich dieser zu viel bezahlten Steuerfranken dringend nötig gewesen.

Die am 16. Dezember letzten Jahres im Nationalrat angenommene FDP-Initiative hätte bereits auf den 1. Januar 2009 in Kraft treten sollen. Wegen der Verzögerung von Linken und CVP müssen nun Schweizerinnen und Schweizer mindestens ein zusätzliches Jahr warten, bis die kalte Progression ausgeglichen wird. Die Schweizer Bevölkerung bezahlt bereits heute jährlich enorme Steuersummen. Ein Ausgleich der kalten Progression ist somit zwingend. Die FDP ruft die andern Parteien zu mehr Verantwortung angesichts der aktuellen Wirtschaftslage auf und wird weiterhin zugunsten von Steuerzahlern und Arbeitsplätzen kämpfen.

### Chancengleichheit

## Förderung von Chancengleichheit in den Unternehmen

Chancengleichheit von Mann und Frau ist für jedes Unternehmen ein Gewinn, davon sind heute die meisten überzeugt.

### Von Claudine Esseiva

Aber noch immer sind konkrete interne Gleichstellungsmassnahmen bei den Unternehmen schwer zu finden. Damit solche Projekte vermehrt gefördert werden, kann das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) neu auch solche Projekte finanziell unterstützen. Vor allem KMU mit bis zu 500 Mitarbeitenden sind aufgefordert, unternehmensinterne Projekte bis am 31. März 2009 einzuzeigen. Unternehmen, die Männern und Frauen die gleichen Chancen geben, profitieren mehrfach: Sie werden attraktiver für qualifizierte Mitarbeitende, senken die Fluktuationsrate, steigern die Innovation und gewinnen ein fort-

**mann + frau**

Ein Gewinn für Unternehmen

schriftlicheres Image. Trotz dieser und weiterer Vorteile haben viele Unternehmen in der Schweiz die Chancengleichheit noch nicht vollständig umgesetzt. Der Bundesrat hat deshalb im Frühjahr 2008 beschlossen, ab 2009 die Finanzhilfen gemäss Gleichstellungsgesetz (GIG) auch Unternehmen zu gewähren. Sie können damit eigene Projekte zur Förderung der Chancengleichheit durchführen. Pro Jahr stehen rund 1 Million Franken zur Verfügung. Unter

dem Motto «Mann + Frau. Ein Gewinn für Unternehmen» hat das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) nun dieses Angebot lanciert, pünktlich zu seinem 20-Jahr-Jubiläum. Interessierte Unternehmen

können bis März 2009 Gesuche um Projektbeiträge einreichen. Die neuen Finanzhilfen entsprechen der Strategie des EBG für die kommenden Jahre: Nachdem die rechtliche Gleichstellung von Frau und Mann in der Schweiz weitgehend erreicht ist, konzentriert sich das EBG auf die weitere Umsetzung von Chancengleichheit im Erwerbsleben und in der Familie. Dabei berücksichtigt es nicht nur die Anliegen von Frauen, sondern auch von Männern. Ebenfalls wird die Zusammenarbeit mit Partnern vermehrt gefördert. So unterstützt der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) die Finanzhilfen für Unternehmen ideell. Dies verdeutlicht, wie wichtig es für die Wirtschaft ist, das Potenzial beider Geschlechter zu nutzen.

Weitere Informationen finden Sie unter [www.mann-und-frau.ch](http://www.mann-und-frau.ch)

## Liberale Umwelt- und Wirtschaftspolitik als Rezept in der Krise!

Kurz vor Weihnachten musste auch Bundesrätin Doris Leuthard eingestehen: Die Rezession ist Tatsache und wird 2009 die Politik bestimmen. Vergessen gehen darf dabei aber nicht die weiterhin drohende Energieknappheit. Dank energetischen Gebäudesanierungen können pragmatisch die Wirtschaft unterstützt und die Umwelt geschützt werden.

**Von Philipp Müller, Nationalrat FDP/AG, Mitglied der nationalrätlichen Wirtschaftskommission**

In der Energie- und Klimapolitik besteht grundsätzlich Einigkeit: Der Pfad der Energieverschleuderung muss verlassen werden. Über den Weg zum Ziel hingegen gehen die Ansichten diametral auseinander. Während die einen von einer 2000-Watt-Gesellschaft, Windmühlenparks und Photovoltaik-Anlagen sprechen, fordern die anderen neue Kern- und Gaskombikraftwerke. Nun sind mehrheitsfähige Massnahmen gefragt. Diese liegen bei Einsparungen im Energieverbrauch von Gebäuden.

### Riesiges Sparpotenzial

Im Jahr 2006 wurde fast die Hälfte der in der Schweiz nicht für Mobilität verbrauchten Energie für das Heizen von Gebäuden verwendet. Die dafür benötigte Energie stammte mit rund 94 Prozent fast ausschliesslich von fossilen Brennstoffen, während nur gerade 6 Prozent durch Strom erzeugt wurden. Setzen wir nun den Verbrauch für die Heizung unserer Gebäude ins Verhältnis zur Energieproduktion sämtlicher Schweizer Kernkraftwerke, erkennen wir die gewaltigen Dimensionen. Der Raumwärmeverbrauch im Jahr 2006 betrug total 282 Petajoule. Dies entspricht der dreifachen Menge an Energie, die sämtliche KKW in der Schweiz produzieren.

Nun kann man sich fragen: Ist Energiesparen in dieser Höhe realistisch? Ich bin der klaren Ansicht: Ja, es ist machbar. Schauen wir uns an, welches Sanierungspotenzial sich bei den Altwohnungen ergibt.



Philipp Müller

Allein zwischen 1990 und 2000 ist der Anteil von alten, renovierungsbedürftigen Wohnungen von einer Million auf 1,5 Millionen angestiegen. Gegen die Hälfte aller Wohnungen in der Schweiz hätte also heute eine zumindest energetische Sanierung nötig.

Diese Eckwerte zeigen, dass simple Glühlampenrhetorik nur ein Nebenschauplatz bei der Verbesserung der Energieeffizienz ist. Die Verwendung von Sparlampen in Ehren, aber das grösste Energiesparpotenzial liegt im Bereich der Raumwärme. Jährlich sanieren wir ca. 100 000 Wohnungen. Doch erst bei 150 000 Sanierungen stoppen wir die Überalterung des Gebäudeparks, und erst ab 200 000 sanierten Wohnungen bauen wir den Renovationsstau messbar ab.

### Schnell umsetzbar mit Breitenwirkung

Im Gegensatz zu den von verschiedenen Seiten geforderten

Konjunkturprogrammen werden Gebäudesanierungen sehr schnell beschäftigungswirksam. Viele Energiesparmassnahmen sind nicht einmal baubewilligungspflichtig, grössere Sanierungen können mit einer einfachen Baubewilligung genehmigt werden. Nicht nur das Bauhauptgewerbe käme zu dringend nötigen Aufträgen, vor allem auch das Baunebengewerbe und viele Zulieferer könnten mit entsprechenden Aufträgen rechnen. Gebäudesanierungen entfalten eine sprichwörtliche, beschäftigungspolitische Breitenwirkung.

Für die Freisinnigen ist klar: Mit energetischen Sanierungen von Altbauten wird die Schweizer Wirtschaft einerseits gestützt, und damit werden Arbeitsplätze erhalten. Gleichzeitig wird mit solchen Massnahmen etwas Sinnvolles für das Klima getan.

Auf Bundes- und Kantonsebene sind verschiedenste, sinnvolle Vorschläge deponiert. Nötig ist nun die Unterstützung der anderen Parteien.

### Exportierbare Innovation fördern

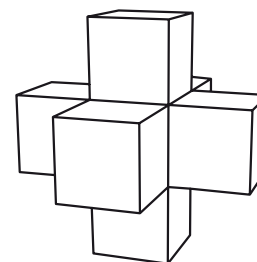
Die vorgeschlagenen Massnahmen werden einen Innovationschub auslösen, der nicht nur das Bauhauptgewerbe begünstigt. Auch die Zulieferer im Bereich der Wärmedämmung, Heiz- und Reguliersysteme profitieren. Hier handelt es sich um Unternehmen mit oft hohem Technologie- und Innovationsanteil. Sie können das in der Schweiz als führendem Markt erarbeitete Know-how ins Ausland exportieren und unser Land in einem Wachstumsmarkt positionieren.

### Beschluss mit deklamatorischer Wirkung

Für die FDP hat das Parlament bisher zu wenig gemacht, um den Gebäudepark energetisch zu sanieren und den sparsamen Ressourceneinsatz zu fördern. So bewirken die vom Parlament in der Dezembersession beschlossenen 100 Millionen Franken für die Förderung von Gebäudesanierungen nichts. Das war eine vorweihnachtliche Alibiübung zur Beruhigung des Gewissens einiger Politiker. Denn seit 2000 werden im Durchschnitt jährlich 15 Milliarden Franken für Umbau- und Renovationsarbeiten aufgewendet. Die beschlossenen 100 Millionen entsprechen da gerade einmal 7 Promille der bisherigen Investitionssumme.

Nötig sind Nägel mit Köpfen: Um die weitere Überalterung des schweizerischen Gebäudeparks zu stoppen, müssen die Sanierungsinvestitionen auf über 20 Milliarden Franken erhöht werden.

Als Vorreiterin für energiepolitische Sanierungen von Gebäuden fordert die FDP konkreten, echten Umweltschutz, der Arbeitsplätze sichert ohne Steuergelder zu verschleudern. Das ist nicht die Quadratur des Zirkels, sondern lösungsorientierte, liberale Politik!







Bundespräsidentenfeier

# Herisau feiert seinen neuen Bundespräsidenten Hans-Rudolf Merz

Bundespräsident Hans-Rudolf Merz wurde an seiner Feier ganz nach Appenzeller Tradition empfangen.



Festliche Aktivitäten bereits im Bundeshaus.

Bild: Toni Küng, Herisau



Anreise mit dem Zug und Unterhaltung mit Appenzeller Musik.

Gegen 2000 Personen säumten die Strassen beim Obstmarkt im Dorfzentrum und applaudierten dem neu gewählten Bundespräsidenten. Hans-Rudolf Merz, der bisherige Bundespräsident Pascal Couchepin und 200 Gäste waren am Nachmittag mit einem Extrazug von Bern in den Ausserrhoder Kantonshauptort Herisau gereist.

Mit Appenzeller Tradition wurde Hans-Rudolf Merz von den Bewohnern seines Heimatkantons und seiner Heimatgemeinde empfangen. Die Musikgesellschaft Herisau spielte für ihn den Bundesrat-Merz-Marsch.

### Heimat heisst Bodenhaftung

Nur 80 Tage seien seit dem Zusammenbruch von Merz vergangen, sagte der Herisauer Gemeindepräsident Paul Signer. «Die Besorgnis über seine Gesundheit war gross. Noch grösser ist jetzt unsere Freude, ihn als strahlenden Bundespräsidenten feiern zu dürfen.»

Heimat vermittele ihm Bodenhaftung, sagte Merz in seiner Rede an die Bevölkerung. Diese Bodenhaftung, die ihm Kraft gebe, habe er als Kind, als Berufsmann und als Politiker in Herisau erhalten. Auch heute bekomme er sie als Bundesrat und Bewohner immer wieder.

### Finanzkrise als Chance

Kraft werde er 2009 brauchen, sagten die Festredner Pascal Couchepin, der Ausserrhoder Landammann Jakob Brunnschweiler und Ständeratspräsident Alain Berset in der evangelischen Kirche.

«Wäre nicht die von Glitter durchflutete Weihnachtszeit, hätten wir es mit der düstersten Phase des Jahres zu tun», sagte Merz mit Blick auf die Jahreszeit – und auf die Finanzkrise. Zu seinen Aufgaben als Bundespräsident gehöre auch die Pflege des Kollegiums, sagte Merz. Unterschiedliche Meinungen und gute Zusammenarbeit schlossen einander nämlich nicht aus. Das gelte erst recht in schwierigen Zeiten.

### Freinacht!

Nach der Feier in der Kirche nahm Hans-Rudolf Merz ein Bad in der Menge, schüttelte Hände und winkte. Anschliessend schlenderte er durch den bunten Appenzeller Markt, wo ihm sogar Hühner, Hasen, Ziegen, Kühe die Ehre erwiesen.

Für die geladenen Gäste ging der Abend beim offiziellen Empfang im Casino weiter. Die Bevölkerung durfte dank der Freinacht bis in die frühen Morgenstunden feiern.



Streichmusik durfte nicht fehlen.

Bild: Toni Küng, Herisau





**Empfang im winterlichen Herisau.**



**Bürgerinnen und Bürger feiern ihren Bundespräsidenten.**

Bild: Toni Küng, Herisau



**Begrüssung auf dem Obstmarkt.**

Bild: Toni Küng, Herisau



**Ein Bad in der Menschenmenge.**



**Ein Fest bis spät in die Nacht.**

Bild: Toni Küng, Herisau



**Stilvolle Unterhaltung für die geladenen Gäste im Casino.**

Bild: Toni Küng, Herisau

## Kathrin Martelli

Das politische Engagement begann für Kathrin Martelli bereits im Alter von 25 Jahren, als sie sich 1977 entschied, der FDP beizutreten. Dies war der Anfang einer erfolgreichen und durchaus vorbildlichen Politkarriere.

### Von Claudine Esseiva

Mit Zuverlässigkeit, Beharrlichkeit, Humor, Toleranz und Geduld meisterte Kathrin Martelli den politischen Alltag mit Bravour, und so war es für viele wenig erstaunlich, dass sie schliesslich mit knapp 40 Jahren Präsidentin des Gemeinderates von Zürich wurde. Und nur zwei Jahre später fand sie sich, zu damals vielseitiger und auch eigener Überraschung, als Stadträtin von Zürich wieder. Seit 2002 ist sie Vorsteherin des Hochbaudepartements und gehört ganz klar zu den prägenden Persönlichkeiten in der Zürcher Politzsene. Die gesellschaftspolitische Offenheit war für Kathrin Martelli von Anfang an eine der Prioritäten und unter anderem auch der Grund, wieso sie sich für

die FDP entschied. Diese Offenheit zeigt sich nicht nur in der Politik, sondern auch im Privaten. Ihr familiärer Hintergrund ist typisch schweizerisch, also sehr europäisch: Die Grosseltern sind Anfang des letzten Jahrhunderts aus Deutschland eingewandert, der Mann ist Italiener der 3. Generation, die Tochter lebt seit langem in England, und die Familie der Schwiegertochter kommt ursprünglich aus der Slowakei. Verbindendes Element ist originales Züritüütsch. Sogar der englische Freund der Tochter belegt einen Schweizerdeutsch-Kurs, in London, notabene.

Im politischen Alltag wurde Kathrin Martelli nach ihrer Wahl zur Stadträtin schnell stark gefordert und musste einige schwierige Per-

sonalentscheide treffen. Der Turnaround im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement gelang hervorragend. Höhepunkt ihrer dortigen Arbeit war sicherlich die Verleihung des Prix Egalité im März 2000, der ihr für ihre pionierhafte und engagierte Gleichstellungsarbeit verliehen wurde. Die aktive Frauenförderung gehört ganz klar zu den Prioritäten und Stärken der Kathrin Martelli. Auf der obersten Führungsebene des Hochbaudepartements, das sie seit April 2002 führt, erreichte sie einen Frauenanteil von 75%. Als sie das Amt antrat, war noch nie eine Frau Direktorin geworden. Was für ein Erfolg! Das Engagement von Kathrin Martelli geht klar über das bisher Erreichte hinaus. Als Stadträtin ist sie seit 14 Jahren verantwortlich dafür, dass die Steuergelder der Bevölkerung mit Umsicht eingesetzt werden. Das geht nicht, indem Stillstand praktiziert wird. Aber auch wilder Aktionismus und Kahlschlag sind nicht gefragt. Vielmehr gilt es für Kathrin Martelli, die notwendige und nachhaltige Balance zu finden. Visionen sollen immer eine reelle Chance erhalten, verwirklicht zu werden. Aufgrund ihrer Eigen-



Kathrin Martelli

schaften gehört Kathrin Martelli zum Gesicht der Stadt Zürich, die sie mitlenkt und mitprägt. Sie ist dank ihrer umsichtigen Art kaum mehr wegzudenken. In ihrer ruhigen und kompetenten Weise dient sie den Interessen Zürichs, der Stadt, die sie liebt. Und egal, wie die Wahlen ausgehen, Kathrin Martelli wird sich weiterhin mit ihrer ganzen Tatkraft und Erfahrung in den Dienst Zürichs und der FDP stellen. Wir sind sehr stolz auf sie!

## Geits no? (Nr. 2)

### Von Claudine Esseiva

Schon lustig, wie sich manch einer herausnimmt, über das Leben anderer zu urteilen. Ein gutes Beispiel sehen wir in unserem Nachbarland Frankreich. Die Justizministerin Rachida Dati nimmt fünf Tage nach der Geburt ihrer Tochter wieder an einer sehr wichtigen Sitzung teil. Die ganze Nation ist empört: Das macht «man» doch nicht! Dass es aus medizinischer Sicht völlig unbedenklich ist, über das redet niemand. Auch habe ich noch nie gehört, dass ein Mann, der, während seine Frau am Gebären ist, seine Sitzungen vorbereitet und am nächsten Tag auch sofort arbeiten geht, irgendwie nur ansatzweise kritisiert wird. Und dann kommt noch der Gipfel: Die Frau Dati will nicht sagen, wer der Vater ist. Auch hier wieder: Das macht «man» doch nicht, und vor allem nicht in dieser

Position! Ehrlich, meine lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger, wie unsere Mitmenschen ihr Privatleben organisieren, geht uns schlicht und ergreifend nichts an. Diese Frau macht ihren Job gut, je nach Meinung sogar sehr gut. Ihre Karriere ist vorbildlich, und sie widerspiegelt das heutige Frankreich, die heutige Gesellschaft. Und heute gibt es nun mal viele unverheiratete berufstätige Mütter, die sicherlich alles andere besser brauchen können als irgendwelche moralischen Verurteilungen. Ob wir es in unserem Privatleben anders machen würden, sei dahingestellt und steht auch nicht zur Diskussion. Aber ich wünsche mir doch sehr, dass ich als Frau im Jahre 2009 selber entscheiden kann, wie ich mein Leben gestalten will. Leben und leben lassen!

### Angaben zur Person

Die Stadtzürcherin Kathrin Martelli ist 1952 geboren, verheiratet und Mutter von zwei erwachsenen Kindern. Sie hat eine kaufmännische Ausbildung gemacht und war als Sekretärin tätig. 1977 ist sie in die FDP eingetreten, wurde ein Jahr später in den Vorstand und vier Jahre später als Präsidentin gewählt. Sie war während 10 Jahren im Vorstand der Freisinnig-Demokratischen Frauen der Stadt Zürich, 4 Jahre davon als ihre Präsidentin. Kathrin Martelli sass von 1987 bis 1994 im Gemeinderat der Stadt Zürich, und seit mehr als 14 Jahren ist sie Zürcher Stadträtin, von 1994 bis 2002 als Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements und seit 2002 als Vorsteherin des Hochbaudepartements.



## Die FDP-Frauen Schweiz fordern ein höheres Strafmass für pornografische und sexuelle Straftaten an Kindern

Bern, im Januar 2009. Nach der Annahme der Unverjährbarkeitsinitiative der Gruppe Marche Blanche am 30. November 2008 wurde zwischenzeitlich das Bundesamt für Justiz von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf damit beauftragt, per Anfang 2009 erste Vorschläge zu deren Umsetzung auszuarbeiten sowie die darin enthaltenen unbestimmten Rechtsbegriffe zu definieren. Dies dient der nach der Abstimmung als fehlend bemängelten Rechtssicherheit und der Durchsetzung einer einheitlichen Rechtsanwendung. Die FDP-Frauen Schweiz befürworten dies, gehen aber noch einen grossen Schritt weiter: Auch das Strafmass dieser Taten soll aus der Ecke der Bagatelldelikte geholt und entsprechend erhöht werden. Dies fordert Nationalrätin Doris Fiala in einer Motion, die bereits anlässlich der Herbstsession 2008 eingereicht wurde.

Das Wohl des Kindes steht unangefochten an erster Stelle. Darin waren sich die Initianten der Unverjährbarkeitsinitiative und die Befür-

worter des Gegenvorschlags einig. Gerade in einer Zeit, in welcher entsetzliche Schandtaten an Kindern zuhauf zutage treten, in einer Zeit, in welcher via sämtliche Kommunikationskanäle alle Spielarten von pornografischem Material ungestraft zirkulieren können und zu strafbaren sexuellen Handlungen geradezu ermuntern, ist der Unversehrtheit der psychischen und physischen kindlichen Entwicklung höchste Beachtung zu schenken. Die derart klare Annahme der Initiative anlässlich der Abstimmung am 30. November hat zwar sämtliche Prognostiker überrascht, ist jedoch auf die hohe Emotionalität des Themas zurückzuführen. Nun ist es ein Anliegen der FDP-Frauen Schweiz als ursprünglicher Befürworterinnen des Gegenvorschlags, dass möglichst rasch die in der Initiative unklar definierten Rechtsbegriffe präzisiert werden, um in der Anwendung des Artikels 123b der Bundesverfassung rechtliche Probleme von vornherein auszuschliessen. Somit soll den Opfern

möglichst schnell geholfen werden können.

### Motion Fiala zur Erhöhung der Strafandrohung im Fall von Kinderpornografie

Die FDP-Frauen gehen noch einen Schritt weiter: Auch das Strafmass dieser Taten soll erhöht werden. Die Brutalität im Bereich der Kinderpornografie nimmt ebenso stetig zu wie die Schnelligkeit der Verbreitung des Materials via IT und Telecom. Die Produktion des pornografischen Materials erfolgt weltweit, und die strafrechtliche Verfolgung gestaltet sich dementsprechend schwierig. Mit der Ware gehandelt und konsumiert wird aber hier in der Schweiz in ebenso erschreckend grossem Ausmass, wie regelmässige Razzien der Polizei ergeben.

Somit ist es gemäss den FDP-Frauen Schweiz zwingend, dass solche Vergehen nicht mehr nur wie Kavaliärsdelikte geahndet werden. Ein Zechpreller ist, was die Androhung des Strafmasses anbelangt,

mit einem Kinderporno-Konsument und -Händler gleichgestellt. Aus diesem Grund hat FDP-Nationalrätin Doris Fiala anlässlich der Herbstsession 2008 eine Motion eingereicht, in welcher der Bundesrat beauftragt wird, im Strafgesetzbuch die Strafandrohungen im Bereich der Kinderpornografie (Artikel 197) zu erhöhen. Heute wird der Schutz von Eigentum noch höher gewichtet als der Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch, was ein stossendes Ungleichgewicht in der Strafandrohung ist und ein komplett falsches Signal an die Täter abgibt, das einer dringenden Korrektur bedarf.

### Für weitere Auskünfte

FDP-Frauen Schweiz  
Jacqueline de Quattro, Präsidentin,  
und Claudine Esseiva, Generalsekretariat  
Neuengasse 20, 3001 Bern  
Tel. 031 320 35 35  
Fax 031 320 35 00

## Die neue Familienordnung

### Von Claudine Esseiva

Vater und Mutter sind gemeinsam verantwortlich für ihre Kinder. Dies soll nicht nur bei Ehepaaren gelten, sondern auch bei Konkubinat- und Scheidungsparen. Die Forderung nach dem gemeinsamen Sorgerecht für alle Eltern wird immer lauter. Bis heute ist das gemeinsame Sorgerecht nach Scheidung immer noch die Ausnahme. Meistens erhält die Mutter das alleinige Sorgerecht für die Kinder. Dies führt oft zu vielen Konflikten und Auseinandersetzungen, bis die Eltern eine akzeptable Besuchsregelung gefunden haben. Nur allzu oft entsprechen die Regelungen nicht den Wünschen und Bedürfnissen der Väter. Dies soll sich nun

ändern. Der Bundesrat wird in den nächsten Wochen einen entsprechenden Gesetzesvorschlag in die Vernehmlassung schicken. Verantwortung übernehmen gehört zu den Grundwerten des liberalen Gedankengutes. Wer Vater wird, soll die gleichen Rechte und Pflichten haben wie die Mutter. Unabhängig davon, ob man verheiratet ist oder nicht. Ein gemeinsames Sorgerecht ist daher die einzige gerechte und faire Lösung. Das gemeinsame Sorgerecht unabhängig des Zivilstandes würde auch besser die Realität widerspiegeln. Im 2007 war jedes sechste Kind von unverheirateten Eltern. Höchste Zeit, dass sich unsere Regelungen der heutigen Gesellschaft anpassen.



Gemeinsam Verantwortung tragen – auch nach einer Scheidung.

Bild: NZZ

# Die jungfreisinnigen sind bestens gewappnet für die kommenden Debatten der Sozialpolitik

Das Ausbildungsseminar vom 17. Januar bei Swiss Life

**Von Brenda Mäder, Leiterin Arbeitsgruppe Sozialpolitik, Vorstand jungfreisinnige Schweiz**

Bereits zum dritten Mal durften die jungfreisinnigen zu Gast bei Swiss Life sein. Das zum Thema «Prävention – Sozialwerke entlasten durch Eigenverantwortung» lockte über 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der JCVP und der jungfreisinnigen zum Hauptsitz der Swiss Life.

**Vertiefter Einblick dank ausgewiesenen Experten**

Sandra Hedinger, Head Public Affairs von Swiss Life, begrüsst die Teilnehmenden und führt gekonnt durch das gesamte Seminar. Das Einführungsreferat zum Thema hielt Bruno Gehrig, Verwaltungsratspräsident von Swiss Life. Er stellt die aktuelle Situation der Pensionskassen dar und betont die Wichtigkeit politischer Entscheide im Bereich der Sozialversicherungen. So lobte er die jüngsten politischen Entwicklungen, wie etwa die AHV-Abstimmung und den Entscheid des Parlaments, den BVG-Umwandlungssatz zu senken. Jedoch war für Herrn Gehrig klar, dass hier, aktuell mit der Gefahr des Referendums zum Umwandlungssatz und der anstehenden IV-Debatte, noch viel zu tun bleibt. So wären Alt- wie Jungpolitiker gefordert, die fortschreitende Umverteilung von Jung zu Alt zu korrigieren, da sonst langfristig das gesamte Schweizer Vorsorgesystem in Schwierigkeiten geraten würde.

Der anschliessende Vortrag von Katja Gentinetta, Stellvertretende Direktorin von Avenir Suisse, gab näher Einblick in die Entwicklung, die Herausforderungen und die grösseren Zusammenhänge der IV. In einer unparteiischen und prä-

gnanten Analyse zeigte sie auf, wie die Systemanreize zu einer starken Inanspruchnahme der IV-Leistungen führen und wie die verschiedenen Akteure zusammenspielen. Sehr eingänglich erklärte sie ebenfalls die Einflüsse genereller Entwicklungen auf die IV, namentlich die Veränderung des Bilds der Gesellschaft von der Arbeiter- hin zur Dienstleistungsgesellschaft. Zum Schluss erläuterte Gentinetta die Wichtigkeit von Präventionsmassnahmen, welche nur schwierig definierbar und kaum per Gesetz einführbar wären, jedoch unbedingt die Zusammenarbeit aller Akteure voraussetzten.

Im Anschluss brachte Marc Gysin, Leiter der IV-Stelle Zürich, die Sichtweise eines wichtigen Akteurs der IV-Systematik ein und erklärte die Funktionsweise seines nach modernsten Standards gemanagten Unternehmens. Er betonte die Wichtigkeit von Früherkennung und Frühinterventionsmassnahmen, welche neue Möglichkeiten im Bereich der Prävention bieten. Ebenfalls wurden die bereits erreichten Erfolge aus der Umsetzung der 5. IV-Revision sowie die weiteren Ansatzpunkte zur Verbesserung präsentiert. So verwies er etwa auf die kommende 6. IV-Revision, welche als Sparvorlage garantieren soll, dass die IV langfristig ohne weitere Finanzierungsmassnahmen, wie sie bei der kommenden Zusatzfinanzierung vorgesehen sind, auskommt.

**Wie setzen wir Prävention in der Praxis um?**

Nach diesen Eindrücken wurde genauer betrachtet, wie Prävention definiert wird und mit welchen Massnahmen, vor allem auf der Ebene von Unternehmen, umge-



**Jungpolitiker in Bewegung: Auflockerungsübung durch Motio AG.**

setzt wird. Daniela Bräm, Leiterin des Bereichs «Underwriting & Leistungen» von Swiss Life, war hierbei Frau der Stunde. Sie zeigte in ihrer Präsentation das als hoch eingeschätzte Potenzial, welches eine gezielt gemanagte Prävention in Unternehmen birgt, auf. Wie dieses Potenzial realisiert werden kann, wurde beim anschliessenden Workshop, in dem die Jungpolitiker in kleineren Gruppen zwei Fallstudien lösten, noch einmal greifbarer. So diskutierten die Teilnehmenden angeregt, wie Mitarbeiterabsenzen, die weit reichende Auswirkungen und diverse Ursachen haben, begegnet werden kann. Die hauptsächlich Resultate dieser Gruppendiskussionen wurden anschliessend im Plenum besprochen. Danach bestand ebenfalls die Möglichkeit, den Referentinnen und Referenten weitere Fragen zu stellen.

**Gut gerüstet in den Abstimmungskampf**

Den Experten musste nach einiger Zeit, nach den vielen Fragen,

die den Seminarteilnehmern unter den Nägeln brannten, eine Pause gegönnt werden. So wurden bei einem so verlockenden wie gesunden Stehlunch die angesprochenen Themen weiter vertieft. Wer, ganz im Sinne der Eigenverantwortung, bereits bei sich selbst mit der Gesundheitsprävention ansetzen wollte, unterzog sich dem Gesundheitstest, welchen die Firma Motio vor Ort anbot.

An diesem abwechslungsreichen Morgen wurden die Teilnehmenden für die Wichtigkeit, die positiven Auswirkungen und die Möglichkeiten von Präventionsmassnahmen, welche auch in einen grösseren Zusammenhang gestellt wurden, sensibilisiert. So sind die jungfreisinnigen optimal für die kommende Debatte zur IV-Abstimmung gewappnet und durften von dem Morgen nicht nur die Studie zur IV von Avenir Suisse in Buchform, sondern auch direkte Einblicke in die Arbeit der Präventionsexperten mit nach Hause nehmen.



Abstimmung vom 8. Februar 2009

## Bilaterale Verträge: Wir bleiben dabei!

Was ist passiert, dass sämtliche vernünftigen Schweizer Jungparteien von links bis Mitte-rechts sowie die YES und die Jugendsession zusammenspannen? Etwas Wichtiges.



Von Nicola Forster,

Kampagnenleitung dabei-bleiben.ch

Sei es bei der Ausbildung, bei der Jobsuche, beim Einkauf, im Kino oder beim Reisen: Wir jungen Leute profitieren tagtäglich von der engen Verbindung der Schweiz mit der EU, ohne uns dessen bewusst zu sein. Ein starkes, junges Ja zur Personenfreizügigkeit ist deshalb unbedingt nötig, um die Schweiz inmitten Europas nicht zu isolieren. Der Schweizer Wirtschaft, aber auch unserer eigenen Zukunft zuliebe!

### Erweitere deine Jobchancen!

Du fragst dich, was deine eigenen Jobchancen mit der Personenfreizügigkeit zu tun haben? Sehr viel! Dies zeigen die Erfahrungen, die die Schweiz in den letzten sechs Jahren mit der Personenfreizügigkeit gesammelt hat.

In der momentan schwierigen Wirtschaftslage brauchen unsere Schweizer Unternehmen mehr denn je einen freien Zugang zu den Märkten Europas. Unsere Wirtschaft ist so stark auf die Exporte in die EU angewiesen, dass jeder dritte Schweizer Arbeitsplatz von den bilateralen Verträgen abhängt.

Die Angst vor Masseneinwanderung ist zudem unbegründet: Die Zuwanderung richtet sich nach den Bedürfnissen der Schweizer Wirtschaft. Durch die Möglichkeit, in der EU geeignete Arbeitskräfte zu engagieren, kann so die Auslagerung unserer Industrie mit all ihren Arbeitsplätzen ins Ausland verhindert werden. Wenn wir mit einem Ja zur Personenfreizügigkeit für gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sorgen können, hat dies auch direkte Auswirkungen auf uns: Eine kürzlich erschienene Studie der Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH

Zürich bestätigt, dass in den letzten Jahren neue Jobs geschaffen wurden, die Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz gesunken ist und die Löhne – auch für Schweizer! – gestiegen sind. Wir dürfen die Schweizer Unternehmen nicht im Stich lassen und müssen ihnen die Möglichkeit geben, im globalisierten Markt zu bestehen. Mit einem jungen Ja zur Personenfreizügigkeit können so wichtige Arbeitsplätze im Inland gesichert werden, wovon insbesondere wir jungen Leute profitieren!

### Erweitere deine Perspektiven!

Karriereberater betonen es bei jeder Gelegenheit: Ein Erasmus-Semester, ein Praktikum oder ein Job im Ausland ist Gold wert für deinen Lebenslauf! Soll dies in Zukunft wegen eines Neins zur Personenfreizügigkeit nicht mehr möglich sein? Tausende junge Schweizer wären der Möglichkeit beraubt, unvergessliche Erfahrungen im europäischen Ausland zu sammeln...

Die Personenfreizügigkeit ermöglicht heute jeder Schweizerin und jedem Schweizer, in 25 EU-Ländern ohne Hindernisse zu leben, zu arbeiten und zu studieren. Mit einem Ja zur Personenfreizügigkeit hättest du diese Möglichkeiten neben Italien, Frankreich und den anderen bisherigen EU-Staaten auch für zwei zusätzliche aufstrebende Länder Osteuropas: Rumänien und Bulgarien.

Ein weiterer Vorteil: Um eine verstärkte Mobilität zu gewährleisten, werden in der Schweiz erreichte Diplome – LAP, Zeugnisse usw. – in der gesamten EU anerkannt. Für junge Leute ein unschätzbare Wert, da so grosse Hürden auf dem Weg zu einem guten Job abgebaut werden können. Ausserdem ist dank der Personenfreizügigkeit dein Anspruch auf Sozialleistungen gesichert, falls du einmal aus der Schweiz wegziehen solltest. Alles in allem eine grosse Chance, von der vor allem junge Leute profitieren können. Kämpfen wir dafür, dass uns diese Möglichkeiten nicht genommen werden!

### Sichere den bilateralen Weg

Der bilaterale Weg ist der vom Schweizer Volk mehrfach bestätigte Weg, um mit unserem wichtigsten Handelspartner, der EU, wirtschaftliche Beziehungen zu pflegen. Nur mit einem Ja zur Personenfreizügigkeit können wir die Isolation

unseres Landes verhindern; die bilateralen Verträge regeln die für uns so wichtigen Beziehungen zur EU in den Bereichen Personenverkehr, Landverkehr, Luftverkehr, Handel mit Agrarprodukten, öffentliches Beschaffungswesen und technische Handelshemmnisse.

Durch ein Nein am 8. Februar wäre die Schweiz vertraglich gezwungen das Abkommen zur Personenfreizügigkeit zu kündigen. Als direkte Konsequenz würden auch die Bilateralen als Ganzes dahinfliegen: Nicht die EU, sondern die Schweiz kündigt in diesem Fall also das Abkommen. Können wir das riskieren und die Schweiz in Europa isolieren? Die wirtschaftlichen und politischen Folgen für die Schweiz wären fatal. Dies kann uns nicht egal sein; gerade in der Krise sind wir abhängig von geregelten Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft!

### Wir Jungen müssen uns engagieren!

Die Abstimmung findet schon am 8. Februar 2009 statt, der Abstimmungskampf wird also kurz und heftig. Wir haben bereits gesehen, was für Mittel die JSVP dafür einzusetzen bereit ist: Um von mangelnden eigenen Argumenten abzulenken, kopierten sie die Website von www.dabei-bleiben.ch, um mit einer bewussten Täuschung des Wählers Werbung für ein Nein zu machen. Diese illegalen Methoden gingen selbst einem Gericht zu weit: In einer superprovisorischen Verfügung wurde der JSVP verboten, die Website weiterzuführen.

Die richtige «Dabei-bleiben.ch»-Kampagne konzentriert sich hingegen auf Argumente und setzt sich deshalb im Namen der Jungen für die Schweizer Wirtschaft und für ein starkes Ja zur Personenfreizügigkeit ein. Dies nicht ganz uneigennützig: Wir jungen Leute hätten schliesslich die Folgen einer Isolation der Schweiz zu tragen. Aus diesem Grund setzt sich eine breite Koalition von Jugendverbänden für ein Ja am 8. Februar 2009 ein: Jungfreisinn, JCVP, Juso, Junge Grüne, J EVP, young european swiss und das Forum Jugendsession haben alle das gleiche Anliegen: Wir müssen unbedingt «dabei bleiben» bei der bisherigen Erfolgsgeschichte!

Lies mehr unter:

[www.dabei-bleiben.ch](http://www.dabei-bleiben.ch)



Abstimmung vom 17. Mai 2009

# Komplementärmedizin

Am 17. Mai stimmen Bürgerinnen und Bürger über eine weitere Gesundheitsvorlage ab. Zur Abstimmung gelangt der direkte Gegenvorschlag «Zukunft mit Komplementärmedizin» zur zurückgezogenen Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin».

### Was ist Komplementärmedizin?

Die Komplementärmedizin hat eine lange, kulturell bedingte Tradition. Behandlungsmethoden, Diagnoseverfahren und Heilmittel lassen sich in verschiedene Hauptbe-

reiche unterteilen und werden sowohl von Ärzten als auch von Therapeuten und Pflegefachpersonen eingesetzt. Die in der Schweiz bekanntesten alternativen Behandlungsmethoden sind die

Homöopathie und die Akupunktur. Komplementär- und Schulmedizin ergänzen sich gegenseitig, wobei komplementärmedizinische Methoden und Verfahren oft als Alternative zu den schulmedizinischen Diagnosen und Behandlungen angewendet werden. Die beiden Methoden unterscheiden sich primär in ihrem zugrunde liegenden Welt- und Menschenbild. Die naturwissenschaftlich begründete schulmedizinische Methode definiert und therapiert Krankheiten vorwiegend als körperliche, organofokussierte Geschehnisse. Im Gegensatz dazu umfasst die Komplementärmedizin den Menschen als Ganzheit.

Medizin, traditionelle chinesische Medizin, Phytotherapie und Neuraltherapie aus dem Katalog der Grundversicherung gestrichen hat, welche Mitte 1999 provisorisch in die obligatorische Krankenversicherung aufgenommen wurden. Massgeblich für den bundesrätlichen Entscheid von 2005 war der ungenügende Nachweis, dass die fünf komplementärmedizinischen Leistungen den zentralen Geboten der Wirtschaftlichkeit, insbesondere der Wirksamkeit und Zweckmässigkeit gemäss dem Krankenversicherungsgesetz (KVG), entsprechen. Darauf basierend reichte das Komitee «Ja zur Komplementärmedizin» eine Volksinitiative ein mit dem Ziel, den bundesrätlichen Entscheid wieder rückgängig zu machen. Die Initiative verlangte, dass Bund und Kantone im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für die umfassende Berücksichtigung der Komplementärmedizin sorgen müssen. In der parlamentarischen Debatte haben sich sowohl der Natio-

## Begriffsdefinitionen

### Anthroposophische Medizin:

Im Zentrum steht der Zusammenhang zwischen Umwelt, Leib, Seele und Geist. Die Behandlung von Krankheiten soll die ursprüngliche, gesunde Harmonie zwischen diesen Faktoren wiederherstellen. Dazu wird versucht, die Ursachen einer Erkrankung möglichst ganzheitlich zu erfassen. Die Therapie wird nicht nur durch die Diagnose bestimmt, sondern auch durch den Krankheitsverlauf, den Lebenslauf, das soziale Umfeld und die Persönlichkeit des Erkrankten.

### Homöopathie:

Die Homöopathie ist die Heilkunst und wissenschaftliche Medizin, die auf dem Ähnlichkeitsgesetz beruht. Dieses wird angewendet, indem ein homöopathisches Arzneimittel verschrieben wird, das bei gesunden Menschen ähnliche Symptome erzeugt, wie sie der kranke Mensch zeigt.

### Neuraltherapie:

Die Neuraltherapie zielt darauf ab, die Ursachen verschiedener Erkrankungen über das neurovegetative Nervensystem zu beeinflussen und mit Setzen von Reizen die körpereigenen Abwehr- und Heilungsmechanismen zu fördern. Der Mensch wird dabei immer als Ganzheit betrachtet.

### Phytotherapie/Pflanzenheilkunde:

Die Pflanzenheilkunde gehört zu den ältesten medizinischen Therapien und ist in allen Kulturen anzutreffen. Ihr Ziel ist es, Heilpflanzen und ihre Inhaltsstoffe hinsichtlich ihrer therapeutischen Wirkung zu erforschen. Ihre Grundlage ist die Heilpflanzenkunde, welche Teile der Pharmakologie, der Pharmazie sowie der Toxikologie enthält.

### Traditionelle chinesische Medizin:

Die traditionelle chinesische Medizin ist eine jahrtausendealte Erfahrungsmethodik, die sich auf Beobachtungen der Kräfte und Zyklen in der Natur und im menschlichen Körper stützt. Unterschieden werden fünf Teilgebiete: Akupunktur, Arzneimitteltherapie, Diätetik, Tuina und Qi Gong.

### Rechtliche und politische Situation

Die Komplementärmedizin steht auf der politischen Agenda, weil das Departement des Innern auf den 1. Juli 2005 die fünf komplementärmedizinischen Leistungen Homöopathie, anthroposophische



Homöopathie findet bei vielen Menschen Anklang.



**Akupunktur – Nadeln, die helfen können.**



**Yoga: für Körper, Seele und Geist.**

nal- als auch der Ständerat gegen die Initiative ausgesprochen. Zwar wurde die Bedeutung und Wirkung der Komplementärmedizin von den Räten nicht in Frage gestellt. Die FDP-Liberale-Fraktion wie auch eine Mehrheit der Räte machte aber geltend, dass der Initiativtext zu weit gefasst sei. Die Initiative ziele auf eine Gleichberechtigung von Komplementär- und Schulmedizin. Im Gegensatz zum Nationalrat verabschiedete der Ständerat in seiner Beratung einen direkten Gegenvorschlag, welcher vom freisinnigen Ständerat Rolf Büttiker eingereicht wurde, der einzig darauf verzichtete, dass die Berücksichtigung der Komplementärmedizin «umfassend» sein müsse. Demgegenüber entschied sich die nationalrätliche Gesundheitskommission für einen indirekten Gegenvorschlag. Die Kommission wollte mit einer Gesetzesänderung dafür sorgen, dass die Komplementärmedizin eine faire Chance in der obligatorischen Krankenversicherung erhält. Die ständerätliche Kommission lehnte dies in ihrer Beratung ab und hielt am direkten Gegenvorschlag fest. Die nationalrätliche Kommission führte zum Vorschlag des Ständerates eine kleine Vernehmlassung

bei den Kantonen durch. Es zeigte sich, dass eine knappe Mehrheit der Kantone einen Gegenvorschlag auf Verfassungsstufe befürworteten würde. Auch in Anbetracht dessen sprach sich eine hauchdünne Mehrheit der Kommission für den direkten Gegenvorschlag Büttikers aus. Die Initiative wurde daraufhin zurückgezogen. Damit gelangt nur der direkte Gegenvorschlag zur Abstimmung.

#### **Verankerung der Komplementärmedizin in der Bevölkerung ist hoch**

Die Komplementärmedizin wird von der schweizerischen Bevölkerung mehrheitlich akzeptiert und ist in den letzten Jahren immer beliebter geworden. Ihr Bekanntheitsgrad ist hoch. Rund drei Viertel der Bevölkerung hatten bereits in den 90er Jahren Erfahrungen mit einer oder mehreren komplementärmedizinischen Methoden gemacht – Tendenz weiterhin steigend. Hauptgründe für deren Nutzung der Komplementärmedizin sind gemäss einem Forschungsprojekt des Schweizerischen Nationalfonds ein schlechterer Gesundheitszustand, chronische Beschwerden, der Verzicht auf synthetische Medika-

mente, die eher unbedeutenden Nebenwirkungen von Naturheilmitteln sowie der Wunsch nach einer ganzheitlichen Behandlung. Bei der Zufriedenheit zeigt das Projekt des Schweizerischen Nationalfonds eine deutliche Höherbewertung komplementärmedizinischer im Vergleich zu schulmedizinischen Methoden auf. Entsprechend ihrer

Wertschätzung befürwortet die schweizerische Bevölkerung laut einer Studie der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften einen Ausbau der komplementärmedizinischen Versorgung, Deutschschweizer und Frauen befürworten dies überdurchschnittlich.

## Zentrale Bereiche der Komplementärmedizin

### Hauptgebiete

- Antroposophische Medizin
- Homöopathie
- Traditionelle chinesische Medizin (Akupunktur, Kräuterheilkunde)
- Traditionelle europäische Naturheilkunde

### Verfahren und Therapien

- Atemtherapien
- Bewegungs- und Tanztherapien
- Klassische Massage
- Akupunkturmassage
- Magnetfeldtherapie
- Licht- und Farbtherapien
- Kinesiologie
- Asiatische Körper- und Energiearbeit
- Neuraltherapie
- Phytotherapie
- Yoga



### Ein Erfolgsmodell auch für die Schweiz

Die europapolitischen Diskussionen in der Schweiz wiederholen sich im Verlauf der Jahre. Steht heute die Angst vor unkontrollierter Zuwanderung und Anstieg der Kriminalität aus Osteuropa im Fokus, drehte sich die öffentliche Diskussion im Juni 2005 um den Wegfall der Grenzkontrollen und die daraus entstehenden Sicherheitsrisiken. Die Schengen-Assoziation der Schweiz, der die Stimmberechtigten mit 54,6 Prozent Ja-Stimmen zugestimmt haben, brachte Befürchtungen über importierte Kriminalität und ungehinderten Zugang von unerwünschten Ausländern.

**Von Karin Keller-Sutter, Regierungsrätin SG, stv. Vorsitzende der Begleitorganisation Schengen-Dublin der Konferenz der Kantonsregierungen**

Nach erfolgreicher Evaluation durch die Organe der Europäischen Union ist nun die Schengen-Assoziation der Schweiz seit 12. Dezember 2008 Tatsache. Für eine aussagekräftige Bilanz ist es noch zu früh. Dennoch können bereits einige Feststellungen gemacht werden:

Der Wegfall verdachtsunabhängiger Personenkontrollen an den Grenzen brachte insofern kaum eine Veränderung, als bereits vor der Schengen-Assoziation der Schweiz lediglich Stichproben durchgeführt wurden. Kaum fünf Prozent des grenzüberschreitenden Personenverkehrs wurden kontrolliert, was auf personelle Restriktionen beim Grenzwachtkorps zurückzuführen war. Weil die Schweiz nicht Mitglied der Zollunion innerhalb der Europäischen Union ist, können Warenkontrollen weiterhin – nicht nur auf der Grenze, sondern auch im Inland – durchgeführt werden. Dass dabei auch die Begleitpersonen von Waren einer Kontrolle unterzogen werden können, versteht sich von selbst. Insofern hat sich an den Landesgrenzen faktisch nicht viel verändert.

Die erleichterte Mobilität mit dem Verzicht auf systematische Passkontrollen ist gekoppelt mit Ersatzmassnahmen. Zu diesen gehören insbesondere die von der Schweiz vorgesehenen mobilen Po-



**Karin Keller-Sutter**

lizeikontrollen im Hinterland. Auf Drängen der Kantone, die gemäss Verfassung die Träger der Polizeihoheit sind, liegt die Zuständigkeit für diese «Schleierfahndungen» bei den kantonalen Polizeibehörden. Diese arbeiten dabei auf vertraglicher Basis eng mit dem Grenzwachtkorps zusammen. Als weitere Kompensation für den Wegfall der flächendeckenden Personenkontrollen wird die internationale Zusammenarbeit von Polizei und Justiz verbessert. Dazu gehören verschärfte Kontrollen der Schengen-Aussengrenzen (in der Schweiz betrifft dies die internationalen Flughäfen), eine gemeinsame Vi-

sumspolitik sowie vor allem die grenzüberschreitende Polizeikooperation mit der europaweiten Computer-Fahndungsdatenbank «SIS: Schengen Information System».

#### **Spürbare Verbesserung der Kriminalitätsbekämpfung**

Das heute in Betrieb stehende SIS gelangt an seine Systemgrenzen; das Nachfolgesystem «SIS II» kämpft noch mit technischen Problemen. Dennoch zeigt sich, dass die europaweiten Fahndungen, zu denen die Schweiz seit August 2008 Zugang hat, eine spürbare Verbesserung der Kriminalitätsbekämpfung gebracht haben. Mehrere hundert Treffer sind allein im letzten Quartal des Jahres 2008 zu verzeichnen: Personenfahndungen, Einreiseverweigerungen, Aufenthaltsermittlungen für Justizbehörden und Sachfahndungen konnten

Kantone haben von Anfang an verlangt, in diesen Prozess der Umsetzung und Weiterentwicklung des Schengenrechts einbezogen zu werden, zumal dieser Rechtsetzungsprozess direkt in die Regelungskompetenzen der Kantone im Bereich der inneren Sicherheit und damit in deren Souveränitätsbereich eingreift. Mit einer breit abgestützten Begleitorganisation der Konferenz der Kantonsregierungen kann sichergestellt werden, dass die zahlreichen Weiterentwicklungen des Schengenrechts jeweils frühzeitig auf ihre «Verträglichkeit» mit schweizerischem und kantonalem Recht hin überprüft werden können. Dieser Einsatz der Kantone verhindert, dass es in unserer bewährten föderalistischen Polizeilandschaft zu einer unerwünschten Zentralisierungsbewegung kommt.

#### **Das Schengener Assoziationsabkommen ist ein «dynamisches Abkommen».**

durch schweizerische Polizeikräfte dank SIS zum Erfolg geführt werden.

Das Besondere am Schengener Assoziationsabkommen ist, dass es sich um ein «dynamisches Abkommen» handelt. Die Europäische Union entwickelt die Regelungen weiter, und die Schengen-Staaten müssen die Weiterentwicklungen übernehmen. Als Nichtmitglied der EU kommt der Schweiz dabei kein Mitentscheidungs-, sondern lediglich ein Mitwirkungsrecht zu. Die

Um ein erstes Fazit aus Schengen zu ziehen: Die Sicherheitslage in der Schweiz hat sich keineswegs verschlechtert. Im Gegenteil: Dank den neuen Möglichkeiten der polizeilichen Zusammenarbeit konnten gar vermehrte Fahndungserfolge erzielt werden.



Abstimmung vom 17. Mai 2009

## Biometrischer Pass - nötig und sinnvoll

Das Referendum richtet sich gegen die obligatorische Angabe von biometrischen Daten für Schweizer Pässe und Identitätskarten und dagegen, dass keine Wahlmöglichkeit zwischen einem biometrischen Pass (für Auslandsreisen) und einer herkömmlichen Identitätskarte (für den binnenländischen Gebrauch) besteht. Damit werde eine wichtige Wahlfreiheit verletzt. Dazu kommen noch Befürchtungen bezüglich der Bürgerfreundlichkeit und des Datenschutzes. Diese Bedenken konnten jedoch in den parlamentarischen Beratungen ausgeräumt werden, sodass heute die ungehinderte Reisefreiheit und die Fälschungssicherheit der Ausweise als befürwortende Argumente im Vordergrund stehen.

### Von Kurt Fluri, Nationalrat SO

Weltweit, und zwar schon vor den Terroranschlägen in New York vom 11. 9. 2001, war und ist weiterhin ein Trend hin zur Speicherung von biometrischen Daten in Ausweisschriften feststellbar.

### Schutz vor Missbrauch und Fälschungen

Im Vordergrund steht dabei die Absicht, Ausweisschriften besser vor Missbräuchen und Fälschungen zu schützen und das Reisen zu erleichtern. So hat bezeichnenderweise die internationale Zivilluftfahrtorganisation die Einführung von biometrischen Daten in Pässen bereits sehr früh empfohlen und hiezu verbindliche Standards festgelegt. Richtig ist aber auch, dass die USA nunmehr auf eine beschleunigte Einführung von solchen biometrischen Daten bestehen. Der EU-Rat seinerseits hat im Dezember 2004 die Einführung von biometrischen Daten in den Ausweisen der Schengen-Staaten beschlossen, womit der Vergleich zwischen den im Ausweis gespeicherten Daten und dem Gesichtsbild sowie den Fingerabdrücken des Ausweisinhabers möglich wird. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Verhinderung von Ausweissmissbräuchen und deshalb unbestritten. Konkret bedeutet das, dass Angehörige von Staaten im Schengen-Raum zusätzlich zum Gesichtsbild die Abdrücke zweier Finger in ihre Pässe integrieren lassen müssen.



Kurt Fluri

Und bekanntlich verlangen die USA bereits seit Oktober 2006, dass Pässe, die nach diesem Datum ausgestellt sind, über biometrische Daten verfügen. Ansonsten benötigt deren Inhaberin oder Inhaber für die Einreise in die USA ein Visum.

Mit der Annahme der Abkommen über die Assoziierung der Schweiz an Schengen und Dublin am 5. Juni 2005 durch das Schweizer Volk haben wir nun innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens die Entscheidungen über die Ausweisausgestaltung umzusetzen und die biometrischen Reisepässe und Reisedokumente definitiv einzuführen. Die Frist läuft Ende Februar 2010 aus. Bei einem Nein zu dieser Vorlage am 17. Mai 2009 kann diese Frist unmöglich erfüllt werden. Wir müssten mit den anderen Schengen-Staaten eine neue Lösung suchen, ohne welche

das Schengen/Dublin-Abkommen auslaufen würde.

### Unabsehbar Folgen für Reisen in die USA

Die möglichen Auswirkungen für Reisen in die USA bei einem Nein an der Urne können heute nicht abgeschätzt werden.

Die Identitätskarte dient bekanntlich sowohl zum Nachweis des Schweizer Bürgerrechts als auch als Reiseausweis. Deshalb ist es wichtig, dass auch die ID einen mit dem Pass vergleichbaren Sicherheitsstandard aufweist. Es sollen nur berechnete Schweizer Bürgerinnen und Bürger eine Schweizer ID im In- sowie Ausland benutzen können. Würde man bei der ID biometrische Daten nicht einführen oder allenfalls eine Wahlmöglichkeit zwischen einer biometrischen und einer nicht biometrischen ID zulassen, hätte dies Nachteile für das gesamte Schweizer Ausweisswesen. Die Schengen-Staaten rund um die Schweiz haben entweder schon eine biometrische ID eingeführt oder stehen kurz davor (z. B.

Frankreich und Deutschland). Diesen Schritt gilt es nachzuvollziehen, ansonsten besteht die Gefahr, dass die Schweizer ID missbraucht wird. Die Folge wäre, dass sie nicht mehr als zweifelsfreier Nachweis für die Identität und das Schweizer Bürgerrecht gelten würde.

Elektronische oder biometrische Pässe werden derzeit weltweit eingeführt. Aktuell stellen bereits 54 Staaten solche Pässe für ihre Staatsangehörigen aus. Die dabei angewendete Technologie bringt grössere Gewissheit bei der Verifikation der Identität und erschwert ganz erheblich die missbräuchliche Verwendung von Pässen, also das Reisen unter falscher Identität.

Somit sind die beiden wichtigen Grundsätze der internationalen Reisefreiheit und der Fälschungssicherheit sowohl unseres Passes als auch unserer Identitätskarte die ausschlaggebenden Gründe, welche unsere Fraktion dazu bewegen haben, die Vorlage zu unterstützen. Wir bitten Sie, liebe Freisinnige, dies an der Urne ebenfalls zu tun.

## Agenda

### Februar 2009

- 8. Eidg. Abstimmung
- 20.–21. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 27. PPK
- 28. Delegiertenversammlung in Bern

# Innovation nach dem Prinzip «Science to Market»

Die Schweiz gehört weltweit zu den Staaten mit der höchsten Innovationsleistung, nur geschlagen von Staaten wie Japan oder Finnland. Zu diesem Spitzenplatz trägt auch die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) des Bundes massgebend bei.

**Von Christian Wasserfallen,  
Nationalrat BE**

Die KTI ist seit über 60 Jahren im Wissens- und Technologietransfer an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Hochschulen tätig. Die KTI versteht sich dabei als anwendungsorientierte Unterstützungsagentur und stellt die Umsetzung eines Forschungsprojektes stark ins Zentrum. So erstaunt es wenig, dass von diesen Geldern die Löwenanteile an die ETHs und an die FHs gehen. Grundlagenforschungen, die eher im Bereich der Universitäten anzusiedeln sind, werden anstelle der KTI vielmehr vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) begleitet. Die KTI unterstützt denn auch nur Projekte, die einen wirtschaftlichen Nutzen für den Industriepartner, eine Innovation und wissenschaftliche Komponenten beinhalten. Das selbstgegebene Credo lautet: «Science to Market».

### Strukturen und Mittel

Aktuell bereitet der Bundesrat die Änderung des Forschungsgesetzes vor, wo die KTI explizit Erwähnung finden soll. Zusätzlich arbeitet man auf das Ziel hin, die Kommission unabhängiger von der restlichen Verwaltung zu machen. Momentan sind die KTI-Mitarbeitenden und -Experten im Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) eingegliedert und dort nicht wirklich glücklich. Im Rahmen dieser Gesetzesrevision ist zu erreichen, dass diese funktionierenden Strukturen nochmals verbessert und vor allem befreit werden. In einem zweiten Schritt darf auch ruhig darüber diskutiert werden, innerhalb des Forschungsbudgets mehr Mittel für die KTI ein-



**Christian Wasserfallen**

zustellen. Für das freisinnige Verständnis von staatlichen Fördermassnahmen ist diese Innovationsunterstützung nämlich vom Besten, was der Bund zu bieten hat. Selbst wenn Projekte die Grundanforderungen der Innovation und des wirtschaftlichen Nutzens erfüllen, müssen die Mittel sehr gezielt und optimiert verwendet werden. Fix ist, dass die KTI in einem Projekt ausschliesslich die Löhne der Forschenden bezahlt. Zusätzlich ist der Industriepartner verpflichtet, einen Cash-Beitrag zu leisten und die eigenen Aufwendungen zu finanzieren, was zusammengenommen mehr als die Hälfte der Gesamtkosten ausmachen muss. Auf diese Weise können Investitionen gewissermassen stimuliert wer-

den. Nachträgliche Überprüfungen der Finanzen und der Umsetzung eines Projektes sind eine Selbstverständlichkeit, die in anderen Bereichen der öffentlichen Unterstützung dringend nötig wären.

### Netzwerk ist wichtig

Ist es nicht gerade in heutigen Zeiten angespannter Wirtschaftslage und Krise sehr wichtig, als Unternehmung innovativ zu sein? Doch wie kommen solche KTI-Projekte überhaupt zustande? Hier gibt es grundsätzlich zwei Wege. Einerseits können die Bildungsinstitutionen auf die Industrie zukommen, um ein Projekt zu starten oder umgekehrt. Als Forschungsgruppe ist es deshalb sehr wichtig, Netzwerke in der Industrie zu unterhal-

ten. In diesem Zusammenhang ist es löblich, dass Industrieverbände explizit den Kontakt zu den Forschenden aufzubauen versuchen. So sind beide Seiten automatisch näher zusammen. Die Interessen unserer KMU-dominierten Wirtschaftslandschaft liegen auf der Hand. Viele dieser Unternehmen sind naturgemäss zu klein, um eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilungen zu führen. Eine Zusammenarbeit mit einer FH stellt eine regelrechte Win-win-Situation dar. Bei der modernen Forschungsgesetzgebung, welche die Schweiz hat, ist neben dem Lehrauftrag der Hochschulen eben auch der explizite Auftrag zur Forschung definiert. Nur so ist es möglich, die Lehre mit den aktuellen Problemen der Wirtschaft zu vernetzen. Stupide und unnötige Schubladenprojekte als Inhalte von Bachelor- oder Masterarbeiten können zudem vermieden werden. Kurz: Die Studierenden erhalten die Chance, schon während ihrer Ausbildung innovativ zu arbeiten. Persönlich weiss ich als Mitarbeiter des Instituts für mechatronische Systeme (ifms) der Berner Fachhochschule sehr genau um die Qualitäten der KTI und ihre weiterführenden Unterstützungen. Mit dem Projektabschluss ist in einigen Fällen nämlich erst die Grundlage für die Zukunft geschaffen worden. Sollte ein Produkt so erfolgreich sein, dass nach einem KTI-Projekt die Gründung einer neuen Unternehmung (Start-up) ins Auge gefasst wird, bietet die Förderagentur hier ebenfalls Starthilfe – «Science to Market» eben.

## Auf Wiedersehen

Daniel Derungs, Sekretär, hat per 1. Februar 2009 das Generalsekretariat verlassen. Er hat sich entschieden, sich voll und ganz auf sein Studium zu konzentrieren.

Wir danken ihm für seine Mitarbeit und wünschen ihm für seinen weiteren beruflichen und privaten Weg alles Gute!

## Herzlich willkommen

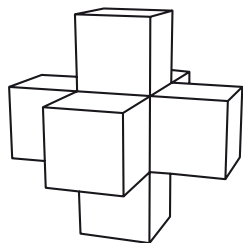
Anita Ehrsam hat ihre Arbeit als Sekretärin Mitte Januar aufgenommen. Die mehrsprachige Bernerin wird unser Team kompetent unterstützen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und wünschen ihr viel Befriedigung bei der Ausübung ihrer Tätigkeiten.



Daniel Derungs



Anita Ehrsam



## Werben Sie im «Schweizer Freisinn»!

Inserieren Sie im «Schweizer Freisinn». Mit einer Anzeige erreichen Sie zielgenau ein ganz besonderes Publikum: Mitglieder der FDP in der deutschen Schweiz.

Der «Schweizer Freisinn» erscheint sechsmal jährlich in einer Auflage von über 70 000 Exemplaren. Nützen auch Sie die Möglichkeit, eine interessante Zielgruppe direkt anzusprechen – mit einem Inserat im «Freisinn».

### Anfragen unter:

FDP Schweiz, Redaktion «Schweizer Freisinn», Eliane Gnägi, Neuen-  
gasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 30

Das Generalsekretariat der FDP Schweiz sucht per 1. April 2009 oder nach Vereinbarung eine/n

## Politische Sekretärin / Politischen Sekretär (100%)

### Hauptaufgaben

- Sie betreuen politische Dossiers mit wirtschaftlichen und juristischen Schwerpunkten im Sinne eines proaktiven Issue Managements;
- Sie betreuen die Mitglieder der entsprechenden parlamentarischen Kommissionen sowie die Parteigremien;
- Sie erarbeiten in den Ihnen zugewiesenen Dossiers Entscheidungsgrundlagen für die Partei- und Fraktionsgremien;
- Sie verfassen Positionspapiere sowie Vernehmlassungsantworten zuhanden der zuständigen Gremien.

### Anforderungen

- Sie verfügen über einen Hochschulabschluss (vorzugsweise Rechtswissenschaft und/oder Ökonomie);
- Sie zeichnen sich durch überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft, Teamfähigkeit, Eigeninitiative, Selbständigkeit, Flexibilität und Verständnis für politische Prozesse aus;
- Sie interessieren sich für die eidgenössische Politik und teilen das liberale Gedankengut;
- Berufserfahrung in relevanten Politikfeldern von Vorteil;
- Arbeitssprachen sind Deutsch und Französisch.

Sind Sie interessiert an dieser herausfordernden Tätigkeit in einem kleinen und schlagkräftigen Team im Herzen von Bern?

Ihre schriftliche Bewerbung senden Sie bitte bis spätestens 9. Februar 2009 an: Generalsekretariat der FDP Schweiz, Frau Evelyn Hofer, Postfach 6136, 3001 Bern (per Mail an: hofer@fdp.ch).

Für weitere Informationen steht Ihnen Herr Jon Fanzun, Leiter Bereich Fraktion und Politik, unter Tel. 031 320 35 35 gerne zur Verfügung.

## Liebe Leserinnen und Leser

Wir freuen uns, für Sie weiterhin eine attraktive und spannende Zeitung zu gestalten. Der Freisinn wird in Zukunft jedoch nicht mehr 10-mal pro Jahr erscheinen sondern noch 6-mal. Aufgrund des Zusammenschlusses mit den Liberalen wird der «Freisinn» auch einen neuen Namen erhalten.

Unterstützen Sie uns mit ihrer Kreativität! Haben Sie eine Namens-Idee? Wenn ja, dann schicken Sie Ihren Vorschlag per Mail an gnaegi@fdp.ch

Wird Ihr Vorschlag berücksichtigt, winkt eine tolle Überraschung!





McCANN ERICSSON

**Microsoft®**  
Your potential. Our passion.™

**ISOLIERT**

**INTEGRIERT**

Petra Giger und Patrick Rothmund arbeiten mit Microsoft Office in Rumantsch. Dank der Software in ihrer Muttersprache können sie einfacher und intuitiver arbeiten, lernen und kommunizieren. So helfen sie und Microsoft, eine alte Sprache und die Kultur zu erhalten. Lesen Sie mehr auf [www.aufmeinemweg.ch](http://www.aufmeinemweg.ch)